Stand: 16.07.2025 04:49:35

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/26866

"Haushaltsplan 2023; hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen (Kap. 10 07 Tit. 684 78)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/26866 vom 03.02.2023
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/27957 des HA vom 14.02.2023
3. Plenarprotokoll Nr. 141 vom 29.03.2023 (EPL 10)

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode

Drucksache 18/26866

Änderungsantrag

der Abgeordneten **Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Bernhard Pohl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Kerstin Radler, Robert Riedl, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

Thomas Kreuzer, Alexander König, Prof. Dr. Winfried Bausback, Josef Zellmeier, Thomas Huber, Barbara Becker, Martin Bachhuber, Matthias Enghuber, Hans Herold, Johannes Hintersberger, Petra Högl, Michael Hofmann, Dr. Gerhard Hopp, Andreas Jäckel, Jochen Kohler, Harald Kühn, Helmut Radlmeier, Andreas Schalk, Sylvia Stierstorfer, Ernst Weidenbusch, Georg Winter CSU

Haushaltsplan 2023;
hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen (Kap. 10 07 Tit. 684 78)

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2023 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 10 07 wird der Ansatz im Tit. 684 78 (Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen) um 500,0 Tsd. Euro von 20.370,4 Tsd. Euro auf 20.870,4 Tsd. Euro erhöht.

Die Deckung erfolgt aus Kap. 13 02 Tit. 893 06.

Begründung:

Mit einem Modellprojekt für eine landesweite Fach- und Servicestelle für Jugendbeteiligung als zentrale Anlaufstelle für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sowie Fachkräfte der Jugendhilfe und Jugendarbeit soll erprobt werden, wie diese bei Beteiligungsprozessen durch Beratung, Qualifizierung und Vernetzung vorhandener Strukturen besser unterstützt werden können. Ziel einer bayernweiten Fach- und Servicestelle für Jugendbeteiligung soll sein, junge Menschen in ihrer Entwicklung zu fördern, indem sämtliche Akteure der Jugendarbeit sowie der Jugendsozialarbeit von öffentlichen und freien Trägern bei der Weiterentwicklung und dem Ausbau von Maßnahmen der politischen Beteiligung und Engagementförderung kontinuierlich unterstützt, begleitet und befähigt werden. Darüber hinaus könnte das Aufgabenfeld der Fach- und Servicestelle die Begleitung und finanzielle Unterstützung (bspw. Empfehlungen zur Weiterentwicklung einschlägiger Förderinstrumente im Hinblick auf die Förderung von Jugendpartizipation) von Kommunen bzw. politischer Mandatsträger auf kommunaler Ebene, die Vernetzung der Beteiligungsfachkräfte für Jugendbeteiligung bzw. der Jugendparlamente in Bayern sowie die Qualifizierung von Fachkräften innerhalb und außerhalb der Jugendverbandsarbeit – insbesondere mit Blick auf die Vielfalt der erreichten jungen Menschen und die qualitative Entwicklung der Beteiligungsformate – umfassen. Aufgrund der bereits bestehenden Strukturen wäre die modellhafte Einrichtung einer Fach- und

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Servicestelle für Jugendbeteiligung – ohne Schaffung von Doppelstrukturen – beim Bayerischen Jugendring (BJR) grundsätzlich fachlich sinnvoll (siehe Drs. 18/19093).

Beschlussempfehlung mit Bericht 18/27957 des HA vom 14.02.2023

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments hier

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring
Abg. Barbara Becker
Abg. Ulrich Singer
Abg. Kerstin Celina
Abg. Susann Enders
Abg. Doris Rauscher
Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch
Abg. Julika Sandt
Abg. Petra Högl
Abg. Thomas Huber
Abg. Eva Lettenbauer
Staatsministerin Ulrike Scharf
Abg. Sebastian Körber
Erster Vizepräsident Karl Freller

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 9** auf:

Haushaltsplan 2023

Einzelplan 10

für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales

hierzu:

Interfraktionelle Änderungsanträge von Abgeordneten der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER (Drsn. 18/26870 mit 18/26878 und 18/26923)
Interfraktionelle Änderungsanträge der Fraktion FREIE WÄHLER und von Abgeordneten der CSU-Fraktion (Drsn. 18/26861 mit 18/26869)
Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drsn. 18/26804 mit 18/26823)
Interfraktioneller Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD-Fraktion und der FDP-Fraktion (Drs. 18/26824)
Änderungsanträge der AfD-Fraktion (Drsn. 18/26825 mit 18/26860)
Änderungsanträge der SPD-Fraktion (Drsn. 18/26773 mit 18/26803)
Änderungsanträge der FDP-Fraktion (Drsn. 18/26762 mit 18/26772)

Nicht aufgerufen wird der Änderungsantrag auf Drucksache 18/28109, der unter Tagesordnungspunkt 19 mit zum Aufruf kommt. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Festlegung im Ältestenrat auch hier 45 Minuten. Die Redezeit ist ja mittlerweile bekannt.

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich darauf hin, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu einem ihrer Änderungsanträge, nämlich auf der Drucksache 18/26806, und die FDP-Fraktion zu ihrem Änderungsantrag auf der Drucksache 18/26762 namentliche Abstimmung beantragt haben. Zudem haben die AfD-Fraktion zu ihrem Änderungsantrag auf der Drucksache 18/26832 und die FDP-

Fraktion zu ihrem Änderungsantrag auf der Drucksache 18/26767 Einzelabstimmung in einfacher Form beantragt.

Ich eröffne die Aussprache. Erste Rednerin ist die Kollegin Barbara Becker von der CSU-Fraktion. Frau Becker, Sie haben das Wort.

Barbara Becker (CSU): Herr Präsident, liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Der Haushalt des Bayerischen Ministeriums für Familie, Arbeit und Soziales ist durch zwei Rahmenbedingungen geprägt. Die eine ist bekannt: Corona, Ukraine-Krieg, finanzielle Herausforderungen. Die andere ist eine schöne Rahmenbedingung, nämlich: Wir wachsen. Wir haben Zuzug nach Bayern, und wir haben eine steigende Geburtenrate. Das ist schön, das ist ein Kompliment. Zugleich stellt es uns in diesem Haushalt vor neue Herausforderungen.

Der von der Staatsregierung vorgelegte Entwurf des Sozialhaushalts inklusive Nachschubliste sieht eine Aufstockung um 227,8 Millionen Euro vor. Wir liegen im Gesamthaushalt jetzt bei 7,58 Milliarden Euro. Das ist schon ein Wort. Also: Bayern ist ein soziales Land. Wir setzen ein deutliches Zeichen, dass wir die Leute, egal in welcher Herausforderung, nicht alleinelassen und Rahmenbedingungen schaffen, sodass wir in Bayern gut leben können. Auch in Krisenzeiten können sich die Menschen auf den Freistaat verlassen.

Liebe Frau Ministerin Uli Scharf, du bist ja auch Ministerin für Arbeit. Dass wir kaum über Arbeit sprechen, ist der herausragenden wirtschaftlichen Situation in Bayern zu verdanken. Daher Danke an alle Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber und an alle Selbstständigen, auch an den Herrn Sengl,

(Heiterkeit bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

die Arbeitsplätze schaffen und für gute Steuereinnahmen sorgen. Vielen, vielen Dank!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vor allem steigen die Leistungen für die Familien in diesem Haushalt. Sie bilden, wie bereits in den vergangenen Jahren, den zentralen Schwerpunkt des Sozialhaushalts. 55,6 % dieses Haushalts sind für die Familien. Allein bei der Förderung der Kindertageseinrichtungen kommen wir auf über 3 Milliarden Euro. Hier steigt der Etat noch einmal um 83,5 Millionen Euro.

Über die Nachschubliste können wir Gott sei Dank die Sprach-Kitas fortführen, die wirklich ein Erfolgsmodell sind. Der Bund hat die Förderung für die Sprach-Kitas auslaufen lassen. Wir wollen dieses Erfolgsmodell fortführen und zugleich für eine Entlastung unserer engagierten Erzieherinnen und Erzieher sorgen.

(Beifall bei der CSU)

Wir erhöhen auch die Mittel für das bayerische Familiengeld, das eine wesentliche Familienleistung ist. Wegen steigender Geburtenzahlen steigt es um 16,3 Millionen Euro. Natürlich wird die Opposition auch heute wieder das bayerische Familiengeld kritisieren, und doch ist diese Leistung ein Zeichen für die Freiheit und die Selbstverantwortung der Familien in Bayern.

Die Landesmittel für die Investitionskostenförderung und für die Schaffung von zusätzlichen Betreuungsplätzen für Kinder unter 6 Jahren, zum Beispiel von Hortplätzen, belaufen sich im Haushalt auf 45,1 Millionen Euro.

Wir haben im Haushalt auch eine ganze Menge sogenannter freiwilliger Leistungen, die unendlich wichtig sind. Die Mittel für den Landesbehindertenplan konnten auf 32,9 Millionen Euro erhöht werden. Da steckt zum Beispiel die bundesweit erste Autismusstrategie dahinter, ein ganz herausragendes und wundervolles Konzept.

(Beifall bei der CSU)

Für die Förderung der Maßnahmen der Jugendhilfe, der Jugendsozialarbeit und des Jugendschutzes stehen wieder 43,7 Millionen Euro zur Verfügung. Die Christsozialen und die FW haben weitere Änderungsanträge eingebracht, zum Beispiel zu den Vor-

schaltmaßnahmen der arbeitsweltbezogenen Jugendsozialarbeit. Wir haben uns dazu viele Berichte angehört und festgestellt, dass diese Maßnahmen wirklich nicht zu ersetzen sind und weitergeführt werden müssen. Deshalb wird es dafür weitere 2,46 Millionen Euro geben. Ich danke Ihnen für die Zustimmung dazu.

(Beifall bei der CSU)

Viele Abgeordnete sind in irgendeinem Bereich der Jugendarbeit groß geworden. Dort haben wir Verantwortung gelernt, wir mussten moderieren, und wir mussten Krisen aushalten. Das hat uns groß gemacht. Deshalb ist es ganz wichtig, dass der Ansatz für die Jugendarbeit um 2 Millionen Euro steigt und sich jetzt auf 35,9 Millionen Euro beläuft. Liebe Jugendarbeiter, macht was draus!

(Beifall bei der CSU)

Zu einem ernsten Thema: Erfreulicherweise haben wir auch den Ansatz für die Förderung von Maßnahmen zum Abbau der Gewalt gegen Frauen und Kinder um 1,7 Millionen Euro erhöhen können. Damit werden Second-Stage-Projekte gefördert. Das bedeutet, eine Frau, die Gewalt in der Familie erfährt, hat zunächst die Möglichkeit, in ein Frauenhaus zu gehen. Sollte das nicht ausreichen, kann sie eine beschützte Wohnung aufsuchen. Das nennt sich Second Stage. Wir unterstützen das!

Weitere Änderungsanträge der Christsozialen und der FW gab es zum Beispiel zum Thema Genitalverstümmelung. Genitalverstümmelung ist ein Verbrechen! Ich bin froh, dass wir weitere Projekte zur Prävention weiblicher Genitalverstümmelung unterstützen können. Das gilt auch für die Unterstützung von Ehe- und Familienberatungsstellen sowie für die Förderung von Beratungs- und Unterstützungsangeboten für Prostituierte. An dieser Stelle ein offenes Wort: Wir tun in Bayern, was wir können, um Prostituierte zu schützen und zu unterstützen. Aber solange das Prostitutionsgesetz auf Bundesebene so bleibt, wird Deutschland das Bordell Europas bleiben. Das wollen wir nicht. Das ist eine klare Aufgabe für die Ampel-Parteien.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Auch in diesen herausfordernden Zeiten bleiben wir dicht an der Seite der Menschen in Bayern. Das gilt für jede Herausforderung ihres Lebens. Ich danke unserer Ministerin Ulrike Scharf, die unternehmerisches Denken mit einem großen sozialen Herz und klarem Sachverstand verbindet. Ich danke auch allen, die im Sozial- und Bildungsbereich arbeiten, in den Kindertagesstätten, in der Tagesbetreuung, in den Beratungsstellen, in Frauenhäusern, in der Jugendarbeit und so weiter. Ohne sie wäre alles das, was wir hier tun, nur Zahlen. Mit ihnen entsteht daraus ein soziales Bayern.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Kollegin Becker, bleiben Sie am Rednerpult. – Herr Abgeordneter Ulrich Singer von der AfD-Fraktion hat sich zu einer Intervention gemeldet.

Ulrich Singer (AfD): Geschätzte Frau Kollegin Becker, ich finde es positiv, dass Sie sich mit der Zeichensprache bemüht haben, auch die gehörlosen Menschen einzubinden. Dieses Anliegen ist mir in der Behindertenpolitik seit Jahren sehr wichtig. In Bezug auf das Gehörlosengeld sind sich die Oppositionsparteien, Teile der Staatsregierung und Teile der Koalitionsparteien im Wesentlichen einig. Das Gehörlosengeld ist in diesem Haushalt aber wieder nicht vorgesehen. Können Sie dazu noch etwas sagen? Wann wird das Gehörlosengeld kommen? Ich wünsche mir, dass es möglichst bald kommt. Unser Haushalt würde dadurch nicht übermäßig belastet, wenn wir es jetzt noch hineinnehmen würden. Vielleicht geben Sie sich noch einen Ruck und stimmen den Oppositionsparteien zu. Sie sollten das Gehörlosengeld noch rechtzeitig vor der Wahl einführen.

Barbara Becker (CSU): In dem Wunsch, dass wir beim Gehörlosengeld etwas tun wollen, sind wir uns einig. Wir unterscheiden uns aber in der Einschätzung, welche finanziellen Spielräume wir im Moment haben. Winfried Kretschmann, der bekanntlich kein Christsozialer ist, hat gesagt: Das Gute muss auch bezahlbar sein. – Daher

haben wir in diesem Jahr von der Einführung eines Gehörlosengeldes abgesehen. Ich habe mir die verschiedenen Anträge der Parteien sehr gut angesehen. Wir haben noch kein klares Konzept. Da ist noch vieles unklar. Ich selbst stehe im engen Kontakt mit den Gehörlosenverbänden.

Übrigens: Danke, dass Sie es wahrgenommen haben. Ich übe Gebärdensprache. Ich bin noch nicht wirklich gut, aber es ist ein Anfang. Wir organisieren für viele Veranstaltungen Gebärdensprachdolmetscher, um so Inklusion und Barrierefreiheit zu erreichen. Das Gehörlosengeld wäre schon für dieses Jahr wünschenswert, aber das ist im Moment aus finanziellen Gründen nicht drin.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Celina von der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN.

Kerstin Celina (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Kollegin Becker, doch, wir hätten Geld für ein Gehörlosengeld. Sie geben es nur am falschen Ende aus.

(Beifall bei den GRÜNEN, der AfD und der FDP)

Sie haben in Ihrer Rede aufgezählt, wofür wir das Geld ausgeben. Ich sage Ihnen: Ein dicker Geldbeutel macht noch lange keine gute Sozialpolitik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Sozialhaushalt, den die CSU und die FREIEN WÄHLER heute hier vorlegen, ist nicht sozial. Im Gegenteil, er ist krass unsozial. Er ist ein Zeugnis dafür, dass die CSU und mit ihr die FREIEN WÄHLER nach einem außergewöhnlichen Jahr, in dem die Defizite der unsozialen Sozialpolitik der CSU und der FREIEN WÄHLER offen zutage getreten sind, nichts dazulernen wollen. Sieht man sich den Haushalt an, erkennt

man, dass Sie die alten Gerichte mit viel Geld immer wieder aufwärmen, ohne zu merken, dass dieser alte, aufgewärmte Brei vielen schon längst nicht mehr schmeckt.

Nach diesem Jahr erwarte ich, dass Sie nicht nur Wohltaten für alle ankündigen, sondern dass Sie zumindest die allernotwendigsten Punkte umsetzen. Am allernotwendigsten ist bezahlbarer Wohnraum, Wohnraum, den Familien und Alleinstehende bezahlen können, Wohnraum, den Rentnerinnen und Rentner sowie Auszubildende bezahlen können. Es gibt viele Gebiete, auf denen Sie in den letzten vier Jahren nichts geliefert haben. Aber dass Sie beim Thema Wohnungsbau total gescheitert sind, das nehme ich Ihnen wirklich übel.

Die Bilanz von BayernHeim ist blamabel. Sie haben 10.000 Mietwohnungen bis 2025 versprochen, explizit für Menschen, die sich am Markt nicht mit angemessenem Wohnraum versorgen können. In vier Jahren haben Sie nicht einmal 100 Wohnungen gebaut. Das ist die unsozialste Sozialpolitik, die man sich vorstellen kann, vor allem, nachdem Sie vorher mit Ihrer komplett verfehlten Energiepolitik dafür gesorgt haben, dass Strom in Bayern teuer ist, dass unsere Bürgerinnen und Bürger wie in keinem anderen Bundesland von Öl und Gas abhängig sind.

Sonne und Wind stellen keine Rechnung. Das haben Sie noch nie verstanden. Die Ergebnisse Ihrer Politik gegen erneuerbare Energien sind inzwischen knallharte Sozialpolitik. Sie wärmen in Ihrer Schockstarre den alten Brei auf. Sie haben keine Visionen, und Sie haben kein Herz für viele Menschen in Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben kein Herz für die gehörlosen Menschen in Bayern, denen Sie bereits im Jahr 2011 ein Gehörlosengeld versprochen haben. In Bayern bleiben Sie immer beim Ankündigen. Nordrhein-Westfalen, Hessen, Sachsen und Thüringen haben schon längst geliefert. Wir GRÜNE haben ein Herz für gehörlose Menschen und beantragen heute, hier und jetzt wieder ein Gehörlosengeld. Wir werden darüber namentlich ab-

stimmen lassen, damit jeder sehen kann, wer für und wer gegen ein Gehörlosengeld stimmt.

Sie haben kein Herz für ehemalige Heimkinder, die zwischen 1949 und 1975 in stationären Einrichtungen untergebracht waren und gelitten haben. Auch Verschickungskinder haben vieles durchgemacht. Wir GRÜNE dagegen haben ein Herz für diese Menschen und beantragen hier und jetzt Geld für die langfristige Fortführung der regionalen Anlauf- und Beratungsstelle für ehemalige Heimkinder in Bayern.

Sie haben auch kein Herz für Menschen in Krisen; denn sonst würden Sie zustimmen, die staatliche Unterstützung der Ehe-, Partnerschafts-, Familien- und Lebensberatung endlich anzupassen, die in Bayern seit 2015 nicht mehr an die steigenden Kosten und den wachsenden Beratungsbedarf angepasst worden ist. Wir GRÜNE haben ein Herz für all diese Menschen in Krisen und die Stellen, bei denen sie sich Hilfe holen können.

Wir fordern eine zukunftsfähige adäquate Sozialpolitik. Wir GRÜNE liefern. Die CSU und die FREIEN WÄHLER hingegen blockieren wie jedes Jahr – das ist und bleibt unsozial!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Die nächste Rednerin ist die Kollegin Susann Enders für die Fraktion der FREIEN WÄHLER

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Die Bayerische Staatsregierung liefert gerade auch für Familien, für unseren Nachwuchs, aber auch für unsere Ehrenamtler und Vereine.

Daher freut es uns als Fraktion der FREIEN WÄHLER ganz besonders, dass wir Vereine von GEMA-Gebühren entlasten konnten. Ein großer Dank gilt an dieser Stelle unserer FREIE-WÄHLER-Ehrenamtsbeauftragten Eva Gottstein.

Wir entlasten Ehrenamtliche – dies muss natürlich auch im Haushalt abgebildet sein. Wir blicken auf den Etat des Sozialministeriums und sehen im Haushalt 2023 gegenüber 2022 eine Steigerung um 200 Millionen Euro – soviel zum Vorwurf "krass unsozial". Frau Kollegin Celina, ich kann Ihre Kritik nicht nachvollziehen.

Besonders wichtig sind uns als Regierungsfraktionen die Leistungen für Familien, natürlich die Förderung von Kindertageseinrichtungen und der Tagespflege, aber auch berufliche Bildung sowie Leistungen für Jugendliche und für Menschen mit Behinderung. All das bildet dieser Sozialhaushalt ab.

Knapp 57 Millionen Euro sind für die Förderung von Kindertageseinrichtungen vorgesehen. Im Haushalt 2023 sind zur Abfinanzierung von Kinderbetreuungsplätzen und zur Schaffung von 10.000 Hortplätzen zusätzlich 45 Millionen Euro aus Landesmitteln eingeplant.

Die Mittel für das bayerische Familiengeld erhöhen sich wegen steigender Geburtenzahlen – das ist erfreulich für unseren Freistaat – um 16,3 Millionen Euro auf rund 785,5 Millionen Euro. Die Erstattungsleistung des Bundes für Leistungen für Unterkunft und Heizung im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende erhöhen sich gegenüber dem Vorjahr um 25 Millionen Euro auf insgesamt 775 Millionen Euro.

Die Bundesmittel werden komplett an die Landkreise und kreisfreien Gemeinden weitergeleitet. Für Erstattungen an die Bezirke für Jugendhilfekosten für unbegleitete ausländische Minderjährige sind 75 Millionen Euro kalkuliert. Mit dem Ganztagsfinanzierungsgesetz hat der Bund im Dezember 2020 ein Sondervermögen in Höhe von bis zu 3,5 Milliarden Euro zum Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter eingerichtet. Davon stehen ab dem Jahr 2022 insgesamt Basismittel in Höhe von 2,75 Milliarden Euro zur Verfügung. Auf Bayern entfallen rund 428 Millionen Euro. Die Voraussetzung dafür ist natürlich die Verfügbarkeit der Bundesmittel, also der Abschluss einer Bund-Länder-Vereinbarung mit allen 16 Bundes-

ländern. Die Bund-Länder-Verhandlungen hierzu sind abgeschlossen. Die Vereinbarung befindet sich derzeit in der internen Abstimmung.

Dass Bayern, wie zu Beginn angesprochen, auch Vereine und Ehrenamt als Säule und Rückgrat unseres Bayernlandes schätzt, ist nicht nur ein Lippenbekenntnis. Bayern übernimmt GEMA-Gebühren für nicht kommerzielle Veranstaltungen von ehrenamtlichen Organisationen; denn unser bürgerschaftliches Engagement ist ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Gesellschaft. Darauf sind wir stolz. Ehrenamtliche sollen nicht mit bürokratischen Hemmnissen belastet werden, sondern sich auf ihr Engagement konzentrieren können. Themen, die von Ehrenamtlichen häufig als aufwendig und belastend empfunden werden, sind aufgrund des Urheberrechts die Abrechnung mit der Gesellschaft für musikalische Aufführungs- und mechanische Vervielfältigungsrechte, GEMA, und die Kosten für musikalische Darbietungen bei Veranstaltungen. Um die Ehrenamtlichen zukünftig zu entlasten, gibt es nun einen Pauschalvertrag mit der GEMA für diese Vereine. Damit können Ehrenamtliche in Bayern Musikveranstaltungen ohne Zahlung von Gebühren durchführen, wenn diese für Besucher kostenlos sind.

Das betrifft in Bayern im Jahr 2023 über 45.000 Veranstaltungen. Das sind Erleichterungen für die Ehrenamtlichen vor Ort. Darauf bezieht sich unser Änderungsantrag – ebenso Ausgaben für einen Pauschalvertrag mit der GEMA für Musikveranstaltungen.

Meine Damen und Herren, besonders wichtig ist mir der Bereich Familie und Jugend. So wollen wir mit unserem Änderungsantrag betreffend "Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen" die Posten erhöhen. Nahezu 130 räumlich gut erreichbare Ehe- und Familienberatungsstellen bieten im Freistaat Bayern ein hochqualifiziertes Beratungsangebot an. Das Beratungsspektrum reicht von der Vorbereitung auf Partnerschaft und Ehe über die Beratung in Ehe- und Partnerschafts-, Familien- und Lebensfragen sowie über Aufklärung zur Familienplanung im Sinne einer verantwortlichen Elternschaft bis hin zu einer Beratung bei Trennung und Scheidung.

Um Jugendbildungsmaßnahmen für Kinder und Jugendliche in Zusammenarbeit mit Schulen erhalten zu können, wollen wir ebenfalls unterstützen. Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen – also Jugendsozialarbeit und Jugendschutz – sind uns wichtig. Hierin investieren wir 28,275 Millionen Euro. Individuelle Ausstiegshilfen für Frauen, die mit Prostitution abschließen möchten, darf man an dieser Stelle nicht vergessen. Nicht zuletzt wird da infolge der Corona-Pandemie nachgefragt. Zentraler Bestandteil sind Unterkünfte, die einen schnellen Ausstieg ermöglichen. Das ist ein sensibles Thema, bei dem wir nicht wegschauen dürfen. Wir müssen es ansprechen. Hier wird der Etat erhöht.

Ebenso wichtig ist die Zukunftsstiftung Ehrenamt Bayern. Hier wollen wir erstmals Posten in Höhe von 100.000 Euro aufbauen. Die Zukunftsstiftung Ehrenamt wurde vom Freistaat gegründet, um das bürgerschaftliche Engagement und Ehrenamt in Bayern zu stärken.

Mit einem Modellprojekt für eine landesweite Fach- und Servicestelle für Jugendbeteiligung als zentrale Anlaufstelle für Kinder und Jugendliche und junge Erwachsene sowie Fachkräfte der Jugendhilfe und Jugendarbeit soll erprobt werden, wie diese bei Beteiligungsprozessen durch Beratung, Qualifizierung und Vernetzung vorhandener Strukturen besser unterstützt werden können. Ziel einer bayernweiten Fach- und Servicestelle für Jugendbeteiligung soll sein, junge Menschen in ihrer Entwicklung zu fördern, indem sämtliche Akteure der Jugendarbeit sowie der Jugendsozialarbeit von öffentlichen und freien Trägern bei der Weiterentwicklung und dem Ausbau von Maßnahmen der politischen Beteiligung und Engagementförderung kontinuierlich unterstützt, begleitet und befähigt werden können. Ich bitte auch für diesen Antrag um Zustimmung.

Meine Damen und Herren, ich bin am Ende meiner Redezeit. Ich hätte zwar noch viel aufzuzählen, mangels Redezeit komme ich nun aber nicht mehr dazu. Ich bitte um Zustimmung für die Anträge unserer Regierungsfraktionen zum Wohle der bayerischen Gesellschaft, unserer bayerischen Familien und Kinder, der Jugendlichen und der Eh-

renamtler. Das kann ich hier auch mit persönlicher Freude sagen: Nicht nur mehr Wertschätzung, sondern auch mehr Finanzmittel vom Freistaat bekommen alle Bürgerinnen und Bürger. Ich bitte um Zustimmung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist der Abgeordnete Ulrich Singer für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Ulrich Singer (AfD): Geschätztes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Die AfD im Bayerischen Landtag hat in den Haushaltsberatungen insgesamt mehrere Hundert Änderungsanträge eingebracht. Duzende davon betreffen den Einzelplan 10 und fallen somit in den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales.

Im Rahmen unserer Änderungsanträge forderten wir unter anderem mehr Geld für die Geschädigten der Corona-Impfungen. Bereits im Haushalt 2022 hatten wir eine Erhöhung dieses Postens veranschlagt. Damals wurden unsere Warnungen nicht ernst genommen, sondern nur vom Tisch gefegt. Jetzt, beim Haushalt 2023, kam ein gewisses Einsehen. Der Posten wurde von 11,9 Millionen Euro auf 17,7 Millionen Euro aufgestockt. Das ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Das reicht aber nicht aus. Wir hätten uns eine deutlich stärkere Erhöhung der Gelder für die Opfer der Zwangsimpfung – oder: der aufgrund des hohen Impfdrucks an eine Zwangsimpfung grenzende Impfung – gewünscht. Im letzten Jahr gab es 55 Personen, bei denen Impfschäden anerkannt wurden. Inzwischen sind es anscheinend schon über 80. Mehrere Hundert Menschen warten auf die Anerkennung ihrer Impfschäden.Hier werden Kosten auf den Staat zukommen, die wir natürlich auch einplanen müssten.

Wir wollen auch das Ehrenamt stärken. Wir setzen zum Beispiel darauf, dass man den Kreis der Begünstigten bei der Ehrenamtskarte auf die minderjährigen Kinder der Kar-

teninhaber in Bayern erweitert. Das wäre auch ein klares Signal für die Familie. Es würde den Sinn der Karte wirklich verstärken. Die Kinder würden auch schon früh sehen, dass sich das Ehrenamt ihrer Eltern lohnt. Man würde hier auf einem ganz einfachen Weg weitere Anreize für Engagement im Ehrenamt in Bayern schaffen.

Wir hatten hier im Haushalt Gelder vorgesehen, um das Ehrenamt zu fördern. Man hätte das Geld hierfür, aber auch für andere Zwecke verwenden können, um das Ehrenamt weiter zu stärken. – Das soll auch abgelehnt werden.

Eins muss man mal ansprechen: die Inflation, die massive Inflation, unter der Deutschland seit dem letzten Jahr leidet. Wir haben Rekordwerte erreicht, die natürlich auf eins hinweisen: ein massives Versagen der kaputten Ampel in Berlin. Sie liegen im Wesentlichen auch an den explodierenden Energiekosten. Damit ist unseren Familien hier in Bayern mit einem gleichbleibenden oder geringfügig anwachsenden Budget im Sozialbereich kaum geholfen, weil die Kosten ja inflationsbedingt massiv gestiegen sind. Deshalb brauchen die sozialen Einrichtungen und unsere Bürger natürlich entsprechend mehr Geld, um allein diese Kostenexplosion auszugleichen. Das findet hier in diesem Haushalt nicht statt.

Der Härtefallfonds, der eingerichtet werden soll, ist sicherlich ein richtiger Schritt in die richtige Richtung. Geschätzte Damen und Herren, die Staatsregierung hat aber auch eine Mitverantwortung für die sich verschlechternden Verhältnisse hier in Bayern. Man hätte hier viel früher entschlossener reagieren müssen. Vor allem müsste man endlich einmal die Pull-Faktoren abstellen, die dazu führen, dass hier ins Land eine massive Armutsmigration stattfindet. Selbst der reichste Staat der Welt – auch ein reiches Bayern – kann es sich nicht leisten, zum Sozialamt der ganzen Welt zu werden.

(Beifall bei der AfD)

Mit der von uns beantragten deutlichen Zuschusserhöhung wären gleichzeitig auch die Tafeln zu unterstützen. Gerade in diesem Bereich ist die Unterstützung nicht ausreichend. Auch hier ist es so, dass die Inflation, die Heizkosten und vor allem auch die

Betriebskosten der Fahrzeuge – die gestiegenen Kosten für Diesel und Benzin – einen wesentlichen Teil der erhöhten Zuschüsse auffressen werden. Wir brauchen mehr Geld für unsere Tafeln.

Geschätzte Kollegen, das Staatsministerium heißt Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales. Familie steht an erster Stelle. Das Staatsministerium so zu benennen, ist eine klare symbolische Geste seitens der Staatsregierung. Wir müssen dann aber auch handeln. Die netten Worte reichen nicht aus.

Wir müssten zum Beispiel die "Landesstiftung Hilfe für Mutter und Kind" besser unterstützen. Hier geht es um Hilfe, zum Beispiel für werdende Mütter in Not, für kinderreiche Familien, für Alleinerziehende in besonderen Notlagen. Gerade wenn Kinder involviert sind, sollte man nicht zu sehr auf den Geldbeutel schauen, sondern diese hilfsbedürftigen Familien in besonderem Maße unterstützen. Wir haben hier eine Erhöhung um eine Million gefordert; das würde in Anbetracht des enormen bayerischen Gesamthaushalts kaum ins Gewicht fallen. Es wäre möglich, hier diese Unterstützung zu leisten.

Auch die Obdachlosigkeit hat sich infolge des massiven Zuzugs aus dem Ausland erhöht. Die massiven Mietsteigerungen sind hier wahrgenommen worden. Wieder müssen am Schluss unsere bayerischen Bürger die Folgen einer verfehlten Politik auf Bundes- und Landesebene bezahlen. Auch deswegen haben wir hier erhöhte Zuschüsse für die Obdachlosenhilfe gefordert.

Ich möchte noch kurz auf das Gehörlosengeld zu sprechen kommen. Frau Kollegin Becker, es wäre möglich, wir könnten es jetzt umsetzen. Der Personenkreis ist bekannt. Auch die Höhe der Kosten – sie wären überschaubar – ist bekannt. Ich sehe hier im Haushalt nichts. Bitte werden Sie endlich konkret, vielleicht dann im nächsten Haushalt. Bitte schauen Sie, dass wir etwas für unsere gehörlosen Menschen tun.

Wir fordern auch weitere Gelder für Behinderteneingliederungshilfen und die Förderung der Ausbildungsreife von Jugendlichen, die etwas mehr Hilfe brauchen. Im Ge-

genzug sind wir für eine Streichung im Bereich der Indoktrinationsvereine, wie zum Beispiel bei dem Bayerischen Jugendring, dem Geldverschwendung vorgeworfen wird. Wer mit unserem Geld nicht gut umgehen kann, dem sollte man es auch streichen oder hier zumindest kürzen.

Sie haben das alles abgelehnt, genauso wie die über dreißig Änderungsanträge, die wir gestellt haben. Man muss der Regierungskoalition aber eines hoch anrechnen: Sie haben unsere Vorschläge aus den letzten Jahren ja doch immer wieder in die kommenden Haushalte einfließen lassen und die Posten, zumindest in den jeweils nächsten Haushalten, etwas erhöht. Ich hoffe, dass unsere Änderungsanträge Ihnen zumindest als konstruktive Impulse für die nächsten Haushalte dienen können.

(Zuruf der Abgeordneten Petra Högl (CSU))

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächste Rednerin ist die Kollegin Rauscher von der SPD-Fraktion.

Doris Rauscher (SPD): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Frau Ministerin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! 7,58 Milliarden – eine Zahl, die auf den ersten Blick wirklich sehr beeindruckt. Auf den zweiten Blick wird aber deutlich, dass hier kein Jubelgeschrei angebracht ist, im Gegenteil.

Ein Haushalt, geprägt von Krisen – so haben Sie, liebe Frau Ministerin Scharf, den Haushalt des Sozialministeriums im Ausschuss vorgestellt. Wo aber ist Ihre Antwort auf die Krisen und Herausforderungen unserer Zeit? Und das gerade im sozialen Bereich, in dem wir es mit Trägern und kommunalen Haushalten zu tun haben, die über keinerlei nennenswerte Rücklagen oder finanzielle Puffer verfügen.

Die größte Leerstelle in Ihrem Haushalt findet sich im Bereich der Jüngsten und bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Die Situation in den Kitas ist alarmierend. Dabei sind die fehlenden Plätze nur die eine Sache. Das größte Problem sind die fehlenden Fachkräfte und unzureichender Qualitätsaufwuchs. Kitas müssen Gruppen schließen oder die Öffnungszeiten kürzen.

Liebe Staatsregierung, Sie werden jetzt mit Sicherheit argumentieren, der Fachkräftemangel betreffe nicht nur den frühkindlichen Bereich, sondern alle Bereiche; zudem sei Bayern hier genauso wie alle anderen Bundesländer betroffen. Laut den Daten der Bertelsmann Stiftung stimmt das so aber eben nicht ganz. Bayern hat einen besonders hohen Bedarf, weil wir im Bundesranking eben nicht Landesmeister sind.

Das Schlimme ist: Fachkräftemangel in der Kita produziert Fachkräftemangel auch in der Wirtschaft, weil Eltern aufgrund eingeschränkter Betreuungskapazitäten im schlimmsten Fall nicht so arbeiten können, wie sie das möchten oder auch müssen.

Mit Geld kann man sicherlich nicht alle Probleme lösen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit Geld kann man aber eben doch einige der genannten Probleme deutlich abmildern. Der sogenannte Basiswert – einer der wichtigsten Werte in der Kitafinanzierung – ist in den letzten Jahren immer nur marginal gestiegen, zuletzt um kümmerliche 2,8 %. Damit lässt sich nicht wirtschaften.

(Beifall bei der SPD)

Dies führt dazu, dass die Schere zwischen den tatsächlichen Betriebskosten und der Kofinanzierung seitens des Freistaats seit Jahren deutlich auseinandergeht. Das belastet Träger, das belastet Kommunen und – weil die Betreuungsgebühren hochgehen – zuletzt auch die Eltern. Liebe CSU und FREIE WÄHLER, Sie hätten es also in der Hand, im Bereich der frühkindlichen Bildung etwas zum Besseren zu verändern.

Wir als SPD machen Ihnen deshalb ganz konkrete Vorschläge: Investieren Sie mehr Geld in die Kitaqualität und erhöhen Sie den Basiswert! Weiten Sie den Leitungs- und

Verwaltungsbonus auf alle Einrichtungen aus und sorgen Sie so für wirkliche Entlastung des pädagogischen Personals! Refinanzieren Sie die Aus- und Weiterbildung neuer Fachkräfte – und zwar ordentlich, nicht gar nicht oder nur ein bisschen!

(Beifall bei der SPD)

Wir sind auf neue Fachkräfte angewiesen.

Kommen wir zur zweiten Leerstelle in Ihrem Haushaltsentwurf, die ich gerne anführen möchte: das Thema Chancengerechtigkeit, Beispiel Jugendsozialarbeit an Schulen: Sie bleiben hier bei einer unzureichenden Finanzierung der Zuschusspauschalen, die schon lange nicht mehr ausreichen.

Beispiel arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit: Der Wegfall dieser wichtigen Maßnahme wäre für viele junge Menschen eine Katastrophe gewesen. Was aber macht die Staatsregierung? – Das Gleiche wie mit der Berufseinstiegsbegleitung im letzten Jahr: eine Hängepartie bis zum Schluss mit dem Ergebnis, dass die Finanzierung nun – Gott sei Dank – für ein Jahr gesichert ist, aber mit der Folge, dass wir hier in einem Jahr wieder stehen und genau die gleiche Diskussion erneut führen werden.

Beispiel Schulfrühstück: Noch immer kommt etwa jedes fünfte Kind in Bayern ohne Frühstück zur Schule, an Förderschulen ist diese Quote noch viel höher. Aber auch in diesem Bereich tut sich seit Jahren trotz vollmundiger Ankündigungen und Versprechungen nichts.

Dies führt mich zurück zur dritten Leerstelle Ihres Haushaltsentwurfs: Thema Barrierefreiheit. Dieses Thema haben Sie ja sowieso ordentlich versenkt. Liebe Staatsregierung, es wirkt beinahe zynisch, dass Sie seit Jahren versprechen, ein Gehörlosengeld einzuführen, dieses aber weiterhin auf sich warten lässt.

(Beifall bei der SPD)

Mehr als Ankündigungen für nach der Wahl – wie auch zum Beispiel zum Aktionsplan Queer – gibt es von Ihrer Seite aus nicht.

Ich komme noch kurz auf die vierte Leerstelle in Ihrem Haushaltsentwurf zu sprechen: Der betrifft die Seniorinnen und Senioren. Dabei gibt es hier auch wirklich vieles zu tun. Vieles müsste hier angepackt werden. Als Stichpunkte nenne ich nur Projekte gegen Einsamkeit, mehr soziale und auch digitale Teilhabe oder auch die finanzielle Förderung von Mehrgenerationenhäusern. Wir brauchen hier in Bayern einen Sozialhaushalt, der trägt. Ihr Haushalt erfüllt diesen Anspruch nicht. Wir als SPD fordern mit unseren Anträgen, unser soziales Netz in Bayern zu erhalten, zu festigen und auszubauen, Chancenungerechtigkeiten zu überwinden und über die Generationen hinweg die Zusammengehörigkeit im Freistaat zu stärken.

(Beifall bei der SPD)

Wir wollen einen sozial gerechten Staatshaushalt. Darauf hat gestern schon unser Fraktionsvorsitzender Florian von Brunn hingewiesen. Stimmen Sie deshalb unseren Anträgen zu.

Zur namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag der GRÜNEN zum Gehörlosengeld sage ich: Wir enthalten uns hier, aber nicht deswegen, weil wir es nicht wollen, sondern weil wir keine Staffelung der Beträge wollen. Das sage ich nur kurz fürs Protokoll, damit das auch draußen ordentlich ankommt. Wie das Netzwerk Hörbehinderung Bayern fordern wir hier keine gestaffelte Vorgehensweise, sondern die gleiche Summe für alle. Ich danke auch vielmals den Engagierten draußen in den sozialen Einrichtungen und Diensten.

(Beifall bei der SPD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herzlichen Dank. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Julika Sandt für die FDP-Fraktion.

Julika Sandt (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Landwirtschaftshaushalt war eben. Jetzt sprechen wir über den Sozialhaushalt; aber das, was wir hier vorgelegt bekommen, wird Jahr für Jahr wiedergekäut. Jahr für Jahr ist das, was wir als Sozialhaushalt bekommen, ambitionslos und fehlgeleitet. Das Einzige, was sich immer mal wieder ändert, ist die Person der Sozialministerin. Die wird ziemlich häufig ausgetauscht; aber ansonsten ändert sich für die Menschen draußen in Bayern nichts, und alles bleibt beim Alten. Dabei könnten wir mit dem Sozialhaushalt so viele Chancen schaffen. Das ginge durch gute frühkindliche Bildung, durch Kitaplätze für die Familien, durch eine Fachkräfteoffensive oder auch, indem wir Menschen mit Behinderung die Möglichkeit geben, ein selbstbestimmtes Leben zu führen.

Stattdessen feiert sich die Staatsregierung in schöner Regelmäßigkeit dafür, dass sie Milliarden über Milliarden in ein altes Wahlgeschenk steckt, nämlich in das Familiengeld. Haben Sie sich denn mal gefragt, wie das für eine Familie ist, der ein Kitaplatz fehlt, eine Familie, in der ein Elternteil, in der Realität meistens die Mutter, nicht in dem Ausmaß oder gar nicht arbeiten kann, weil der Kitaplatz nicht da ist? – Martin Hagen hat gestern beispielhaft einen Brief einer solchen Mutter vorgelesen. Was bringen da die 250 Euro, wenn man bedenkt, welche beruflichen Perspektiven dadurch wegbrechen und wie viel geringer die Altersversorgung ausfällt? – Dadurch fehlen der Wirtschaft auch Fachkräfte, die natürlich auch Steuern zahlen könnten, um wieder Kitaplätze zu finanzieren. Das Geld ist also komplett fehlgeleitet.

Vor allem aber wissen wir um den Mehrwert frühkindlicher Bildung für die Kinder und für deren Bildungs- und Lebensweg. Laut Bertelsmann Stiftung führt frühkindliche Bildung dazu, dass von den benachteiligten Kindern rund 70 % mehr auf ein Gymnasium gehen. Bei nicht benachteiligten Kindern sind es auch noch 40 % mehr. Alle Kinder würden also von guter frühkindlicher Bildung profitieren. Deshalb fordern wir von der FDP, dass wir in Kitaplätze und in eine vergütete Ausbildung investieren, damit wir Fachkräfte für diesen Beruf gewinnen. Wir fordern, dass wir in einen höheren Basiswert, der realitätsnah ist, investieren.

Da kann ich Ihnen folgendes Beispiel nennen: Aus dem Basiswert, also der Pauschale pro Kind, werden die Betriebs- und Personalkosten finanziert. Die Pauschale ist für das Jahr 2023 um 2,45 % gestiegen; die Löhne sind aber um 2,8 % gestiegen, das heißt, diese Pauschale deckt nicht mal den Lohnanstieg der Fachkräfte in den Kitas. Daran ändert auch der neue Haushalt nichts. Die Folge ist: Für eine qualitative Förderung der Kinder fehlt Geld. Da zitiere ich Sie, Frau Ministerin. Sie haben jetzt bei den Kitastreiks gesagt:

> Kita-Fachkräfte […] müssen angemessen bezahlt werden. Es ist ihr Recht, eine bessere Bezahlung über Streiks einzufordern.

Sie sind doch diejenige, die letztlich dafür sorgen muss, dass die Kommunen bzw. die Träger das in ihrem Haushalt gegenfinanziert bekommen, damit sie die Fachkräfte auch bezahlen können. Machen Sie Ihren Job. Schieben Sie anderen nicht den Schwarzen Peter zu. Stehlen Sie sich nicht aus der Verantwortung.

Wir von der FDP fordern Sie auf: Stellen Sie die Mittel bereit, damit die Träger die Fachkräfte entsprechend finanzieren können. Dann finden keine Streiks statt, sondern es gibt eine gute frühkindliche Bildung.

(Beifall bei der FDP)

Schaffen Sie auch Chancen für Menschen mit Behinderung. Sie verkünden stolz, dass Sie jährlich 5 Milliarden Euro für Menschen mit Behinderung ausgeben. Hören Sie mit der Märchenstunde auf. Die Wahrheit ist doch, dass Sie zu einem Großteil dieser Ausgaben per Bundesgesetz verpflichtet sind. Die Wahrheit ist doch, dass Sie sich beharrlich weigern, 65 Millionen Euro für ein Gehörlosengeld auszugeben. Die gehörlosen Menschen brauchen endlich eine Ausgleichszahlung. Sie haben so oft einen höheren Aufwand. Dolmetscher sind nur eines von vielen Beispielen. Deswegen lassen wir von der FDP auch nicht locker. Wir fordern Sie auf: Machen Sie es wie die anderen Bundesländer und geben Sie Menschen durch ein Gehörlosengeld die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben.

Wir werden den Entwurf für den Einzelplan 10 ablehnen, da er an allen wichtigen Zielen vorbeischießt. Plempern Sie nicht weiter rum, verteilen Sie nicht Jahr für Jahr einfach Milliardenbeträge mit der Gießkanne, sondern fassen Sie sich ein Herz, stimmen Sie unseren Änderungsanträgen zu; denn wir von der FDP wollen Chancen für Kinder, für Familien, für Fachkräfte und auch für Menschen mit Behinderung schaffen.

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Es gibt noch eine Meldung zur Zwischenbemerkung von der Kollegin Högl.

Petra Högl (CSU): Sehr geehrte Frau Kollegin Sandt, jetzt bin ich schon über Ihre Worte erstaunt, wonach nur eine frühkindliche Förderung in den Kitas eine hohe Übertrittsquote ins Gymnasium nach sich ziehen würde. Ehrlich gesagt finde ich das schon unglaublich, was Sie da den Eltern unterstellen, die sich für die Erziehung zu Hause entscheiden und die Kinder fördern. Sie unterstellen den Eltern sozusagen und stellen ihnen das Zeugnis aus, dass sie das nicht könnten.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Die Eltern haben in Bayern die Wahlfreiheit, ob sie das Kind in Betreuung geben oder nicht; diese aber mit der Frage zu verbinden, wie hoch die Übertrittsquote ins Gymnasium ist, finde ich unerhört. Ich möchte Sie schon fragen, ob Sie das genauso empfinden.

Julika Sandt (FDP): Ich habe die Bertelsmann-Studie zitiert. Sie finden die Bertelsmann-Studie unerhört. Sie finden die Wissenschaft unerhört. Das war ein Ergebnis einer wissenschaftlichen Studie, aus der ich zitiert habe. Das habe ich klar und deutlich gemacht.

(Zuruf von der CSU)

Natürlich gibt es Eltern – jetzt rede ich –, die ihre Kinder sehr gut fördern können. Dazu gehört noch einiges mehr: Zum Beispiel ist es wichtig, dass Kinder auch mit anderen Kindern zusammen sind und soziale Kontakte haben. All das gehört dazu. Natürlich gibt es auch benachteiligte Kinder. Deswegen ist auch der Unterschied bei der Wahrscheinlichkeit, auf ein Gymnasium zu gehen – das sage nicht ich, sondern die Wissenschaft –, bei geförderten und nicht geförderten benachteiligten Kindern noch größer als bei Kindern von Eltern, die die Kinder entsprechend fördern können. Frühkindliche Bildung ist also für alle Kinder von Vorteil, aber wenn die Eltern das nicht leisten können, können die Kinder nichts dafür. Natürlich wünsche ich mir, dass alle Eltern und alle, die gerade Zeit mit dem Kind verbringen, das Kind bestmöglich fördern. Dennoch können das nicht alle Eltern, und da ist es doch gut –

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Frau Sandt, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Julika Sandt (FDP): –, wenn wir entsprechende Angebote machen. Ganz viele kriegen nicht den Platz, den sie sich wünschen. Das ist doch der Punkt. Die Eltern wollen es ja.

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Nächster Redner ist Herr Thomas Huber für die CSU-Fraktion.

Thomas Huber (CSU): Herr Präsident, Frau Staatsministerin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Kolleginnen auch von der Opposition! Ich glaube, aus dieser Diskussion wird doch gerade deutlich, dass wir dem Auftrag der Bayerischen Verfassung doch nachkommen. Da steht drin: "Bayern ist ein Rechts-, Kultur- und Sozialstaat. Er dient dem Gemeinwohl." – Liebe Kolleginnen Celina und Sandt, das sind bei uns keine leeren Worthülsen. Das hat sich auch in der Corona-Krise gezeigt. In unserem Land wird jedem geholfen, der Hilfe braucht. Auch jetzt, seit dem Ausbruch des unsäglichen Ukraine-Krieges, wird deutlich: Wir lassen niemanden im Stich. Meine Kollegin Barba-

ra Becker hat es nun ja vorher auch noch mal eindrucksvoll mit Zahlen belegt: Der Sozialhaushalt erfährt in diesem Jahr eine Aufstockung um 3,1 % auf rund 7,58 Milliarden Euro.Das sind 10 % des gesamten Haushaltsvolumens. Ich sage auch ganz klar: Jeder Euro, den wir hier investieren, ist gut und richtig investiertes Geld.

(Beifall bei der CSU)

Nehmen wir nur einmal das Beispiel der Sozialwirtschaft. Die Sozialwirtschaft ist mit ihren 445.000 Beschäftigten einer der bedeutendsten Wirtschaftszweige in Bayern. Das entspricht 6 % der insgesamt Erwerbstätigen im Freistaat. Damit sind in diesem Bereich deutlich mehr Menschen tätig als beispielsweise in der Automobilindustrie. Deshalb müssen und werden wir uns auch die Sozialwirtschaft daraufhin anschauen, wie wir bei den jetzigen Herausforderungen diesen Bereich der Wirtschaft – die Sozialwirtschaft ist auch ein Teil der Wirtschaft – gemeinsam zukunftsfähig machen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, der Haushalt des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales wird von vier Säulen getragen. Erstens. Wir fördern und stärken unsere Familien. Dazu gehört ganz klar die Kinderbetreuung, auch um Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen. Zweitens. Wir spannen ein soziales Netz, das alle auffängt, die unsere Hilfe benötigen. Wir treiben auch die Inklusion von Menschen mit Behinderung voran. Drittens. Wir geben Jugendlichen in Bayern bestmögliche Startchancen. Viertens. Wir ermöglichen Hilfe zur Selbsthilfe und stärken die Eigenverantwortung und die Prävention.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn ich den ersten Bereich beispielhaft nennen darf: Zentraler Schwerpunkt sind auch in diesem Jahr die Leistungen für die Familien mit 4,22 Milliarden Euro. Das sind 56 % des gesamten Einzelplans 10. Wir stärken mit dieser Summe unsere Familien; denn Bayerns Zukunft liegt in den Händen unserer Kinder. Allen Kritikern der Leistungen, die heute genannt wurden, sei gesagt: Mit dem Kita-Beitragszuschuss, mit dem Krippengeld und mit dem einzigartigen bayerischen Familiengeld ermöglichen wir unseren Familien ein Stück weit Wahlfreiheit. Die Fami-

lie ist nämlich der erste und der wichtigste Entwicklungs- und Bildungsort unserer Kinder, und deswegen müssen wir sie bestmöglich unterstützen. Der Staat muss deswegen natürlich Angebote wie zum Beispiel eine gute Kinderbetreuung, Ehe-, Erziehungs- und Familienberatungsstellen mit frühen Hilfen und vieles andere mehr anbieten. Dabei muss er Familien und Kommunen bestmöglich unterstützen und entlasten. Der Staat kann und darf aber niemals die Familie ersetzen. Das ist der große Unterschied in der Auffassung zwischen mir und meinen Vorrednern der Opposition. Wir wollen richtige Rahmenbedingungen schaffen, aber nicht in das Familienleben der Menschen eingreifen. Wir wollen uns nicht einmischen, sondern wir wollen die Rahmenbedingungen schaffen, damit Familie möglich ist. Das unterscheidet uns von den Parteien der Ampelkoalition.

Zu zweitens. In Bayern wird niemand zurückgelassen. Wir haben ein soziales Netz, das jeden auffängt. Beispielhaft sei genannt, die Verbesserung der Situation von wohnungs- und obdachlosen Menschen. Dafür stehen in Bayern rund 3,7 Millionen Euro zur Verfügung. Herr Singer, wir unterstützen zum Beispiel den Landesverband der Tafeln mit insgesamt rund 900.000 Euro, auch weil vielen Ehrenamtlichen und deren Leistungen unsere Wertschätzung und Anerkennung verdienen. Zudem stellen wir einen Änderungsantrag – dem Sie heute zustimmen können –, in dem wir noch einmal 845.000 Euro für die verstärkte Förderung von Projekten des Aktionsplans "Hilfe bei Obdachlosigkeit" vorsehen. Wir fördern auch freiwillig die Bahnhofsmissionen. Auch das tun wir, Herr Singer.

Zu drittens. Zum Themenbereich Jugendliche: Für Maßnahmen der Jugendhilfe und der Jugendsozialarbeit sowie des Jugendschutzes stehen rund 43,7 Millionen Euro bereit. Liebe Frau Kollegin Doris Rauscher, auf Initiative unserer Fraktion werden wir die so wichtigen Vorschaltmaßnahmen der arbeitsweltbezogenen Jugendsozialarbeit fortführen. Damit unterstützen wir junge Menschen, die besondere Schwierigkeiten haben, ihren Platz in der Arbeitswelt zu finden. Mit dem Projekt "Digital Streetwork",

holen wir die Jugendlichen dort ab, wo sie viel Zeit verbringen, also im Internet und auf den sozialen Plattformen.

(Beifall bei der CSU – Zuruf der Abgeordneten Doris Rauscher (SPD))

– Den Haushalt für das nächste Jahr beschließen wir nächstes Jahr. Jetzt reden wir vom Haushalt 2023. Da sind die notwendigen Gelder enthalten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Viertens. Prävention und Hilfe zur Selbsthilfe: Die werden in Bayern großgeschrieben. Fast jeder Zweite in Bayern engagiert sich ehrenamtlich vor Ort. Wir machen eine Zustiftung zur Zukunftsstiftung Ehrenamt Bayern. Wir verdoppeln nämlich die Vereinspauschale, nur einmal beispielhaft. Das ist eine Unterstützung des Ehrenamtes, weil das Ehrenamt das Rückgrat unserer Gesellschaft ist, liebe Kolleginnen und Kollegen. Unsere Sozialministerin hat erst diese Woche das GEMA-Ticket auf den Weg gebracht. Das ist für viele gemeinnützige Vereine eine enorme finanzielle und bürokratische Entlastung.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!)

Abschließend möchte ich ganz herzlich danken. Ich danke unserer Sozialministerin und ihrem Haus, ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Ich danke Barbara Becker und selbstverständlich Sepp Zellmeier und den Mitgliedern des Haushaltsausschusses für ihr offenes Ohr. Ich danke natürlich auch unserem Finanzminister Albert Füracker, der die große Herausforderung zu bewältigen hat, einen ausgewogenen Gesamthaushalt aufzustellen, bei dem die sozialen Belange nicht zu kurz kommen dürfen. Und ich danke natürlich auch unserem Ministerpräsidenten, dem ein soziales und gerechtes Bayern immer ein Herzensanliegen ist. In diesem Sinne aber auch Danke an die Oppositionsparteien für die konstruktiven Beratungen und den konstruktiven Austausch in unserem Sozialausschuss. Ich bitte um Zustimmung zum vorliegenden Haushaltsentwurf.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Wir haben eine Zwischenbemerkung von Julika Sandt. Bitte.

Julika Sandt (FDP): Herr Kollege, Sie haben gesagt, Corona hat gezeigt, es wird jedem geholfen, der Hilfe braucht. Da wollte ich einmal fragen, auch wenn das über den Sozialhaushalt hinausgeht, denn das haben Sie in Bezug auf die Staatsregierung insgesamt gesagt: Wie lange sind denn seit Corona die Wartezeiten in der Kinder- und Jugendpsychiatrie? Ich sehe überhaupt nicht, dass da jedem geholfen wird, der Hilfe braucht.

Was die Frage der Freiheit für die Eltern bei der Kitanutzung angeht: Was ist denn mit all den Eltern, die keinen Platz haben aufgrund des hohen ungedeckten Bedarfs? Dieser Bedarf ist bei deutschsprachigen Kindern hoch und bei nicht deutschsprachigen Kindern noch einmal deutlich höher. Was sagen Sie den Eltern, die sich einen Platz wünschen? Ist das Freiheit? Ist das wirklich die Freiheit, sein Familienleben so zu gestalten, wie es die Familien gerne möchten und wie es ihren Bedürfnissen entspricht?

Thomas Huber (CSU): Danke für diese Steilvorlage, liebe Frau Kollegin Sandt. Dazu fällt mir nur ein einziges Thema ein, und zwar das Thema Sprach-Kitas. Das ist genau die Antwort auf Ihre Frage. Liebe Frau Kollegin, sorgen Sie bei den Sprach-Kitas dafür, dass Sie auf Bundesebene mit Ihrem Finanzminister und mit Ihrer Ampel-Regierung – –

(Julika Sandt (FDP): Machen wir!)

– Haben Sie nicht. Sie haben im Koalitionsvertrag und im Wahlprogramm die Förderung der Sprach-Kitas gehabt. Sie haben dieses Versprechen gebrochen.

(Widerspruch der Abgeordneten Eva Lettenbauer (GRÜNE) und Julika Sandt (FDP))

Nur auf Druck der Unionsparteien wurde es um ein halbes Jahr – –

(Lebhafter Widerspruch bei den GRÜNEN und der FDP)

– Lassen Sie mich ausreden. Seien Sie staad und lassen Sie mich ausreden. Sie haben mir eine Frage gestellt. Sie haben das Versprechen im Koalitionsvertrag gebrochen. Sie haben auf Druck der Union das Programm um ein halbes Jahr fortgeführt, und dann haben Sie sich im Sozialausschuss hingestellt und uns kritisiert, weil wir nicht schnell genug ein Ersatz-Sprach-Kita-Programm auf den Weg gebracht haben.

(Eva Lettenbauer (GRÜNE): Mit Geld vom Bund!)

Wir waren sehr schnell. Weil uns die Eltern und die betroffenen Kinder leidgetan haben, haben wir diese, im Gegensatz zu Ihnen, nicht im Regen stehen lassen.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Hört, hört!)

So viel zum Thema, wir hätten kein Herz für sozial benachteiligte Kinder.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Thomas Huber (CSU): Wir führen das Sprach-Kita-Programm fort, obwohl das der Bund versprochen und das Versprechen gebrochen hat. Wir nehmen eigene Gelder in die Hand und führen es fort.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Kollege, vielen Dank.

Thomas Huber (CSU): Ich bin mit meiner Rede fertig.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächste Rednerin rufe ich Frau Kollegin Eva Lettenbauer von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf.

Eva Lettenbauer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleg*innen! Und jährlich grüßt das Murmeltier. Wieder bewegt sich nichts im Einzelplan 10, Soziales, und die Staatsregierung lässt weiterhin viele Menschen in Bayern im Stich. Blicken wir nun einmal auf die bayerischen Kitas. Drei Worte reichen: maximal am Limit. – Das kann auch die Bayerische Staatsregierung nicht länger schönreden. Wir brauchen jetzt endlich schnelle und wirksame Maßnahmen. Die Staatsregierung muss endlich mehr in die Qualität der Kitas und in eine ausreichende Zahl von Fachkräften investieren. Wenn wir die Beitragszuschüsse zum Beispiel sozial gerecht machen, dann wären für das Jahr 2023 über 268 Millionen Euro frei. Oder wenn wir nur ab September 2023 rechnen, dann wären 89,5 Millionen Euro vorhanden.Wir GRÜNE wollen diese Millionen eins zu eins in den Basiswert für Kitas stecken und in die Angebote für Kinder im ganzen Land. Wir helfen damit Kommunen und Kindern. Schließen Sie sich unserem Änderungsantrag an.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für die Jugend im Land bin ich froh, dass es auf unseren Druck hin, gemeinsam mit vielen anderen, gelungen ist, sozialpädagogische Unterstützung für Schülerinnen und Schüler zu erhalten. Es geht um Unterstützung bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz und beim erfolgreichen Start der Ausbildung. Ich spreche über die sogenannten Vorschaltmaßnahmen der Arbeitsweltbezogenen Jugendsozialarbeit. Ich will aber auch ganz deutlich sagen: Es muss für die nächsten Jahre endlich klar sein, dass die Projekte für den Übergang von der Schule in den Beruf Jahr für Jahr im Haushalt stehen müssen. Versuchen Sie nicht jedes Jahr aufs Neue, den Jugendlichen diese Unterstützung streitig zu machen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Bund hat schon in der letzten Legislaturperiode die SGB-VIII–Reform über viele Fraktionen hinweg beschlossen, um Jugendliche mit und ohne Behinderung künftig inklusiv und aus einer Hand unterstützen zu können. Jedes Bundesland, auch Bayern,

muss deshalb das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz für die Jugendlichen umsetzen und Strukturen schaffen. Liebe Kolleginnen und Kollegen der Regierungsfraktionen, mit Ihrem Aussitzen vernachlässigen Sie Kinder und Jugendliche in Bayern und lassen sie im Stich. Es braucht Empfehlungen und Angebote und eine Unterstützung für die örtlichen Jugendämter bei dieser Umstellung. Dafür ist Personal notwendig. Wir haben mehr Stellen im Bayerischen Landesjugendamt vorgeschlagen, Sie haben dagegen gestimmt. Auch das ist wiederum ein fatales Signal für die Jugend in Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Gleiches gilt leider auch für die Frauenpolitik: In allen anderen Bundesländern werden die entsprechenden Ableger der Landesarbeitsgemeinschaft Mädchenpolitik mit finanziell gesicherten Stellen gefördert, nur nicht in Bayern. Liebe Kolleginnen und Kollegen, so kann es nicht weitergehen. Auch andere Themen im Bereich Frauenpolitik müssen endlich dringend angegangen oder verstetigt werden. Hier sei zum Beispiel die Förderung der wunderbaren Second-Stage-Projekte zu nennen. Ich sage deutlich: Wir müssen endlich raus aus der Projektförderung und rein in die Regelförderung für die Frauen, die ein Frauenhaus verlassen. Diese Frauen brauchen Unterstützung, um festen Fuß fassen zu können. Lassen Sie die von Gewalt betroffenen Frauen und die Mitarbeitenden in den Second-Stage-Einrichtungen nicht Jahr für Jahr darum bangen, ob die Projekte weitergeführt werden. Hier spreche ich insbesondere Herrn Söder an, der einmal wieder beim Sozialhaushalt nicht anwesend ist.

Wenn es um den allgemeinen Gewaltschutz geht, muss ich feststellen, dass Frauenhausplätze seit Langem fehlen. Sie fehlen weiterhin besonders für Frauen mit besonderen Bedarfen wie Sucht oder psychischer Krankheit. Auch hier schlagen wir endlich ein Förderprogramm vor.

Der Stillstand, der in Bayern gerade stattfindet, ist nicht nur schade, sondern gefährlich; denn er gefährdet den sozialen Zusammenhalt. Liebe CSU, ich fordere Sie ganz

eindringlich auf, statt ständig gegen andere zu schießen, einfach mal in Bayern zu gestalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bitte schließen Sie sich unseren Änderungsanträgen an, gegen die Schockstarre der Staatsregierung und für eine gute Grundlage für unser aller Miteinander in Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Frau Kollegin Lettenbauer, bitte bleiben Sie noch hier. – Die Kollegin Susann Enders hat sich für eine Zwischenbemerkung gemeldet. – Bitte schön.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Frau Lettenbauer, Sie beginnen Ihre Rede zum Sozialhaushalt von CSU und FREIEN WÄHLERN mit den Worten, dass wir viele Menschen im Stich lassen würden. Auf Bundesebene treiben Sie mit dem geplanten Gebäudeenergiegesetz und dem darin enthaltenen Sanierungszwang Familien in den Ruin. Finden Sie nicht auch, dass Sie mit einer heuchlerischen Doppelmoral argumentieren?

Eva Lettenbauer (GRÜNE): Nein, ganz im Gegenteil! Die Bundesregierung plant ein verlässliches Vorgehen:

(Widerspruch bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deutschland will bis 2045 klimaneutral werden. In neu gebauten Häusern wird schon jetzt vor allem auf klimaschonende Heizungen gesetzt. Es wäre geradezu fahrlässig, das den Häuslebauerinnen und Häuslebauern nicht zu empfehlen. Die bauen dann nämlich eine Heizung ein, die dreißig Jahre halten soll, und können diese dann nicht so lange nutzen, wie sie eigentlich funktionieren würde. Wir machen im Bund eine Politik, die soziale Härten abfedert. Genau das ist in dem Gesetz vorgesehen. Das ist ein planbares Vorgehen für alle, die jetzt ein neues Haus bauen.

Die Aufzählung, die ich gemacht habe, die meine Kollegin Kerstin Celina gemacht hat und die auch andere gemacht haben, über die fehlenden Investitionen für den sozialen Zusammenhalt war doch hoffentlich eindrucksvoll, ansonsten haben Sie nicht zugehört. Schauen Sie, dass Sie die Jugendhilfe unterstützen. Schauen Sie, dass Frauen nicht mehr länger in Frauenhäusern abgewiesen werden müssen.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Frau Lettenbauer!

Eva Lettenbauer (GRÜNE): Junge Menschen brauchen ganz besonders Unterstützung, damit sie die immer noch sehr oft unbesetzt bleibenden Ausbildungsplätze antreten können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Ich darf nun das Wort an Frau Staatsministerin Ulrike Scharf übergeben. Bitte schön.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Familie, Arbeit und Soziales): Herr Präsident, wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute Morgen im Zusammenhang mit dem Einzelplan Wirtschaft bereits ein flammendes Bekenntnis zu unserem großartigen Bayernland gehört – lieber Kollege Hans Herold. Ich möchte es gerne anders formulieren: Es ist ein Glück, in Bayern zu leben, und dieses Glück geht mit einer Verantwortung einher. Unser Sozialhaushalt in Bayern wird dieser großen Verantwortung gerecht mit einem Fokus auf Familien, Kinder und Jugendliche, Menschen mit Behinderung und Menschen ohne Arbeit. Unser soziales Netz fängt alle auf, die in Bayern zu Hause sind.

Ich freue mich, dass ich Ihnen heute den Einzelplan 10, den Haushalt des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales zur abschließenden Beratung vorstellen darf. Es handelt sich um einen Einzelplan, der den Menschen in allen Phasen ihres Lebens Sicherheit bietet. Ich danke allen, die in den vergangenen Wochen und Monaten so intensiv mit uns gearbeitet haben. Es ist ein wirklich wertvolles

Werk entstanden, worauf wir stolz sein können. Mein besonderer Dank geht an die Kolleginnen und Kollegen des Bayerischen Landtags – lieber Tom Huber, mit dir an der Spitze natürlich. Ich danke auch den Mitgliedern des Haushaltsausschusses, die mit viel Kraft und Energie mitgedacht, mitdiskutiert und mitgearbeitet haben. Meinen Dank will ich auch an die hauptsächlich betroffenen Ressorts richten. An vorderster Stelle steht natürlich das Finanzministerium. Ich möchte auch unserem Finanzminister Albert Füracker danken, aber natürlich auch den Kolleginnen und Kollegen aus dem Sozialministerium, die heute auch dabei sind. Herzlichen Dank für so viel Fachkompetenz und so viel Erfahrung, die Sie in diesen Haushaltsplan eingebracht haben!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Familie, Arbeit und Soziales – wir haben alle Lebensbereiche im Blick. Unser geplanter Haushalt zeigt das ganz deutlich an den vielen Hilfen und den verschiedenen Förderprojekten und an der Gesamtsumme, die in diesem Jahr zum dritten Mal in Folge über 7 Milliarden Euro liegt. Unser Haushalt soll sich um rund 234 Millionen Euro erhöhen auf insgesamt 7,59 Milliarden Euro. Das ist ein Plus von 3,2 % im Vergleich zum Vorjahr. Das ist der Beweis in Zahlen: Gerade wenn es ernst wird, können sich die Menschen bei uns in Bayern darauf verlassen, dass wir an ihrer Seite stehen. Trotz der Krisen und gerade in den Krisen spart der Freistaat nicht am sozialen Haushalt. Wir setzen neue Impulse für unser Miteinander und wir machen unseren Sozialstaat zukunftsfest.234 Millionen Euro mehr als im Vorjahr – darin steckt natürlich auch einiges an gesetzlichen Leistungen. Ich darf sie kurz aufführen:

Das ist erstens die Förderung der Kindertageseinrichtungen. Hierfür soll sich unser Haushalt um 83,5 Millionen Euro auf knapp 3 Milliarden Euro erhöhen.

Das ist zweitens für die Übernahme von Kosten der Unterkunft und Heizung im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitssuchende, ein Plus von 25 Millionen Euro.

Das ist drittens die Grundsicherung für aus der Ukraine Geflüchtete. Wir unterstützen die Kommunen. Wir erstatten die zusätzlichen Kosten für die Unterkunft direkt an die Kommunen.

Den Schwerpunkt in unserem Einzelplan bilden die Familien. Für unsere familienpolitischen Leistungen sind 4,2 Milliarden Euro vorgesehen; das macht 55,6 % des gesamten Einzelplans aus. Auch diese Zahl haben wir heute schon gehört; aber ich will sie gern unterstreichen.

Enthalten ist die Betriebskostenförderung für Kindertagesbetreuungseinrichtungen. Ich darf hier, rückblickend auf 2022, vielleicht noch eine Zahl nennen: Die Betriebskostenförderung, die wir an unsere Kommunen weiterleiten, hat im vergangenen Jahr die Marke von 2 Milliarden Euro überschritten. Es ist der Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen, es ist die Ganztagsförderung von Kombieinrichtungen zur Ganztagsbetreuung, es ist der Beitragszuschuss für unsere Kindergärten, es sind die Unterhaltsvorschussleistungen – jeder einzelne Euro ist hier richtig angelegt.

Ich will das am Beispiel des Familiengelds verdeutlichen. Unser Bayerisches Familiengeld möchte ich gern als weiß-blaues Erfolgsmodell bezeichnen. Wir investieren hierfür heuer rund 16 Millionen Euro mehr. Insgesamt bringt es unseren Familien rund 785 Millionen Euro jährlich. Nicht nur in dieser Höhe, sondern auch generell ist die Zahlung eines Familiengeldes im Bund einzigartig. Wir sind die Ersten, aber auch die Einzigen, die diese Leistung direkt an unsere Familien – zudem sehr unbürokratisch – zahlen können.

Meine Damen und Herren, der Großteil der familienpolitischen Leistungen kommt der Kindertagesbetreuung zugute. Ganz oben auf unserer Agenda stehen natürlich der weitere Ausbau von Betreuungsplätzen, eine noch bessere Qualität der frühkindlichen Bildung und die finanzielle Unterstützung unserer Eltern. Kinderbetreuung ist eine Frage der Daseinsvorsorge und eine Frage der gesamten Gesellschaft. Sie ist Ausdruck der gesellschaftlichen Verantwortung. Sie ist vor allen Dingen das beste Funda-

ment einer guten Zukunft unseres Landes. Liebe Kolleginnen und Kollegen, unsere Jüngsten profitieren ihr Leben lang von einer qualitativ hochwertigen frühkindlichen Bildung. Den Eltern hilft die Kinderbetreuung ganz entscheidend, wenn es darum geht, Beruf und Familie unter einen Hut zu bekommen.

Die Mittel für die Förderung von Kitas erhöhen sich gegenüber 2022 um 83,5 Millionen Euro auf fast 3 Milliarden Euro. Beim Ausbau der Betreuungsplätze stehen wir eng an der Seite und sind Partner unserer Kommunen und entlasten sie erheblich.

Qualität in der Kindertagesbetreuung – ich glaube, darüber sind wir uns auch einig – ist ebenso wichtig. Deshalb wollen wir hier noch einmal 27 Millionen Euro mehr investieren, um den Leitungs- und Verwaltungsbonus zu sichern. Vorher gab es die Anregung, den Leitungs- und Verwaltungsbonus in allen Kitas zu etablieren. Es gibt ihn in fast allen Kitas; über 7.000 Kitas haben ihn. Assistenzkräfte und Digitalisierungscoaches wollen wir mit diesem Mehraufwand finanzieren. Natürlich wollen wir auch die Sprach-Kitas fortführen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir hatten ja schon eine etwas emotionale Diskussion um die Sprach-Kitas. Fakt ist einfach – mein Kollege Thomas Huber hat es noch einmal dargestellt –: Im Koalitionsvertrag der Ampel wird versprochen, dass die Sprach-Kitas fortgeführt werden. Ich hatte einen Bund-Länder-Beschluss eingebracht. 16 zu 0 war das Ergebnis mit der Aufforderung, die Bundesfamilienministerin möge ihre Bemühungen fortsetzen. Aber sie hat es in den Verhandlungen nicht geschafft, dieses Programm fortzuführen.

Dann wird damit angegeben, man habe es um ein halbes Jahr verlängert. Fakt ist: Ja, um dieses halbe Jahr ist es verlängert worden. Aber das Geld dafür ist uns beim KiTa-Qualitätsgesetz abgezogen worden. Also eine reine Mogelpackung! – Wir springen ein. Wir machen das Sprach-Kita-Programm weiter, weil ich zutiefst davon überzeugt bin, dass es für unsere Kinder ganz, ganz wichtig ist.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Qualität braucht Fachkräfte. Wir brauchen dringend mehr Fachkräfte. Es geht um eine unserer wichtigsten Zukunftsaufgaben. Wir haben einen Fünf-Punkte-Plan für mehr Fachkräfte und höhere Qualität entwickelt, auch in enger Abstimmung mit unserem Bündnis für frühkindliche Bildung. Wir setzen genau an den richtigen Stellen an, nämlich zum einen bei der leistungsgerechten Bezahlung. Kollegin Sandt, Sie haben das System immer noch nicht verstanden: Wir sind nicht die Arbeitgeber, sondern wir unterstützen die Kommunen bei der Finanzierung, und zwar ganz erheblich. Wir wollen aber auch attraktiv ausbilden. Heute hatten wir schon mehrfach das Thema Meisterbonus. Für diejenigen, die es noch nicht wissen: Erzieherinnen und Erzieher, die eine Ausbildung erfolgreich abschließen, profitieren auch von der Erhöhung des Meisterbonus, wofür ich sehr dankbar bin.

Wir wollen mehr Quereinsteiger gewinnen. Unser Gesamtkonzept zu Fort- und Weiterbildung ist im vergangenen Sommer auf den Weg gebracht worden. Die Resonanz ist sehr gut. Die Fortbildung der Multiplikatoren läuft sehr gut. Der dritte Kurs beginnt demnächst. Wir wollen vor allen Dingen die Rahmenbedingungen in den Kitas verbessern und das Ansehen der sozialen Berufe steigern.

Wenn es darum geht, die Ausbildungskapazitäten noch mehr zu steigern, kann ich Ihnen nur sagen: Unsere Fachakademien haben in den vergangenen zehn Jahren ihre Kapazität verdoppelt. Das heißt, das Angebot, die Ausbildung zur Erzieherin bzw. zum Erzieher zu absolvieren, ist da. Erst gestern haben wir im Kabinett beschlossen, 400 zusätzliche Studienplätze für Soziale Arbeit und Frühkindliche Pädagogik zu etablieren. Ein herzliches Dankeschön unserem Wissenschaftsminister Markus Blume! Das sind die richtigen Signale, um das Thema Fachkräfte in den Griff zu bekommen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Zurück zu unserem Haushalt: Ich möchte im Zusammenhang mit der Kinderbetreuung noch einmal auf die Beitragsentlastung eingehen. Wir unterstützen die Eltern im Frei-

staat allein durch den Zuschuss zum Krippen- bzw. Kitabeitrag mit über einer halben Milliarde Euro. Damit investieren wir richtig – in unsere Kinder und unsere Familien.

Es gibt noch mehr wichtige, gute Nachrichten. Als Beispiel möchte ich die Alleinerziehenden nennen. Die Vorschussleistungen zur Sicherung des Unterhalts von Kindern unter 18 Jahren, die von einem Elternteil erzogen werden, sollen sich um über 17 Millionen Euro auf insgesamt 270 Millionen Euro erhöhen.

Mit Blick zur Jugend kann ich nur sagen: Eines meiner Herzensprojekte sind die digitalen Streetworker. Ich freue mich wirklich sehr, dass wir das Projekt fortsetzen können. Ich bin überzeugt davon, dass wir hierdurch der Jugend besonders gut und zielgenau helfen können; weitere 2 Millionen Euro haben wir bereitgestellt. Insgesamt haben wir für die Jugendarbeit eine Steigerung auf 36,5 Millionen Euro durchgesetzt. Das sind nach dem Rekordjahr 2022 noch einmal gut 2 Millionen Euro mehr.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe es vorhin schon gesagt, möchte es aber gern wiederholen: Die Leistungen für Unterkunft und Heizung im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitssuchende sind in unserem Einzelplan einer der drei Bereiche mit besonders großen Steigerungen. Die Erstattungsleistungen des Bundes erhöhen sich auf insgesamt 775 Millionen Euro; das sind 25 Millionen Euro mehr als im vergangenen Jahr. Diese Bundesmittel leiten wir weiter. 75 Millionen Euro sind vorgesehen für die Übernahme von Jugendhilfekosten der Bezirke, bezogen auf Kinder und Jugendliche, die alleine zu uns kommen.

Ein Thema darf ich noch ansprechen, weil es auch wichtig ist: den Maßregelvollzug von psychisch kranken und suchtkranken Straftätern. Wir verzeichnen steigende Unterbringungszahlen. Dafür sind im Haushalt rund 354 Millionen Euro veranschlagt, 20 Millionen Euro mehr als im vergangenen Jahr. Dieses Geld brauchen wir in diesem Bereich dringend.

Mit Blick auf das Hilfesystem für von Gewalt betroffene Frauen und Kinder wissen wir, dass große Herausforderungen anstehen. Deswegen ist es grundlegend, dass wir die Mittel um rund 1,7 Millionen Euro auf 16,3 Millionen Euro erhöhen. Damit unterstützen wir vor allen Dingen die Second-Stage-Projekte. Diese helfen Frauen, wieder einen Start in das Leben ohne Gewalt zu finden. Ich bin sehr überzeugt von diesem Ansatz und habe einige Projekte schon besuchen können. Second Stage ist eine wichtige Einrichtung, die wir dringend weiter unterstützen und ausbauen wollen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Schwerpunkte aus dem Haushalt des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales habe ich Ihnen anhand einiger Beispiele vorgestellt. Die Zeit reicht nicht aus, um umfassend darüber zu berichten, was noch alles drinsteckt. Ich will aber noch zwei, drei Stichpunkte nennen. Ob es der Landesbehindertenplan ist, ob es das Seniorenmitwirkungsgesetz ist, das das Hohe Haus auf den Weg gebracht hat, ob es das Ehrenamt ist – die Übernahme der GEMA-Gebühren durch den Freistaat ist heute schon erwähnt worden –, ob es die Tafeln sind, die wir mit 1 Million Euro unterstützen können – das sind riesige Leistungen. Bei aller Vielfalt, die in unserem Sozialhaushalt steckt – eines vereint die Themen im Einzelplan 10, liebe Kolleginnen und Kollegen: Hinter den vielen Maßnahmen und Zahlen stehen Menschen mit ihren Biografien, ihren Geschichten, ihren Sorgen und Nöten, aber auch mit ihren Wünschen und Hoffnungen. Hinter den vielen Maßnahmen und Zahlen stehen auch Menschen, die tagtäglich für andere da sind.

Ich habe es zu Beginn erwähnt und möchte damit auch gern abschließen: Es ist ein Glück, in Bayern zu leben. Dieses Glück geht mit Verantwortung einher. Wir sind dafür verantwortlich, dass alle Menschen in Bayern ein gutes Leben führen können. Lassen Sie uns gemeinsam alles dafür tun, dass auch in Zukunft gilt: Bayern. Gemeinsam. Stark.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Frau Staatsministerin, wir haben eine Zwischenbemerkung. – Herr Sebastian Körber, bitte.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Familie, Arbeit und Soziales): Wer meldet sich?

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Sebastian Körber.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Familie, Arbeit und Soziales): Ach, dort.

Sebastian Körber (FDP): Frau Staatsministerin, Sie haben gerade davon gesprochen, dass Sie in Ihrem Haushalt alle Lebensbereiche abbilden. Auch das Wort Vielfalt ist gerade gefallen. Unlängst hat Ihr Ministerpräsident öffentlich geäußert, er könne sich im Wahljahr plötzlich zufällig einen Queer-Aktionsplan vorstellen. Das hat die CSU-Fraktion unlängst noch bei einer Interpellation der Kollegen von den GRÜNEN zurückgewiesen. Bayern ist in Deutschland aktuell das einzige Bundesland, das keinen Queer-Aktionsplan hat. Deshalb frage ich Sie – Herr Ministerpräsident hat auch geäußert, er würde hier auf Sie zugehen –: Ist er auf Sie zugegangen? Wird dies jetzt mit Priorität verfolgt? Wie ist dieser Queer-Aktionsplan für mehr Vielfalt in Bayern im aktuellen Haushalt abgebildet?

Staatsministerin Ulrike Scharf (Familie, Arbeit und Soziales): Vielen Dank für diese Frage. Dies gibt mir die Gelegenheit, auch diesen Themenbereich zu beleuchten. Wir sind in einem ersten Schritt sehr weit gekommen, was das Queer-Leben in Bayern betrifft. Wir haben eine sehr zielgenaue und bedarfsorientierte Beratungsstruktur ausgebaut. Über 700.000 Euro sind in diesen Bereich investiert worden. Jetzt folgt der nächste Schritt. Ein Aktionsplan ist für mich ein wichtiges nächstes Ziel. Hier ist aber auch die intensive Beteiligung aller erforderlich. Dies ist ein wichtiges Zeichen. Deshalb werden wir den Aktionsplan gut vorbereiten und auf den Weg bringen. Selbstverständlich hat der Ministerpräsident mit mir über dieses Thema gesprochen. Ich freue mich darauf, dass wir einen Aktionsplan etablieren können.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der Abstimmung zugrunde liegen der Entwurf des Haushaltsplans 2023, Einzelplan 10, die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/26762 mit 18/26878 und 18/26923 sowie die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen auf der Drucksache 18/27957.

Zunächst kommen wir zu den beiden vorab angekündigten namentlichen Abstimmungen. Verwenden Sie hierfür bitte jeweils Ihr Abstimmgerät.

Ich beginne mit der namentlichen Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Gehörlosengeld einführen" auf Drucksache 18/26806. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt den Änderungsantrag zur Ablehnung. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten. Die Abstimmung ist nun freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 13:22 bis 13:25 Uhr)

So, damit ist die Abstimmungszeit beendet. Ich schließe die Abstimmung. Wir müssen jetzt etwas warten, bis wir dann die zweite namentliche Abstimmung durchführen. –

Nun folgt die namentliche Abstimmung über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Leistungen nach dem Bayerischen Blindengeldgesetz" auf Drucksache 18/26762. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt auch diesen Änderungsantrag zur Ablehnung. Die Abstimmungszeit beträgt jetzt zwei Minuten. Die Abstimmung ist jetzt eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 13:27 bis 13:29 Uhr)

Die Abstimmungszeit ist hiermit beendet. Ich schließe die Abstimmung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf Sie bitten, etwas mehr Ruhe einkehren zu lassen. Dies gilt auch für die Kollegen Brannekämper und Taubeneder. – Herr Kollege Brannekämpfer, würden Sie – –? – Vielen Dank. Alles in Ordnung.

Während das Abstimmergebnis ermittelt wird, fahren wir fort mit der einfachen Abstimmung über die beiden eingangs erwähnten Änderungsanträge der AfD-Fraktion und der FDP-Fraktion. Der federführende Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen empfiehlt beide Anträge zur Ablehnung.

Wir beginnen mit der Abstimmung über den Änderungsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Versorgungsbezüge für Beschädigte und Hinterbliebene sowie Unterstützungen" auf Drucksache 18/26832.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der AfD-Fraktion zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die AfD-Fraktion sowie der fraktionslose Abgeordnete Bayerbach. Wer ist dagegen? – CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FREIE WÄHLER, SPD und FDP sowie die fraktionslosen Abgeordneten Plenk und Busch. Wer enthält sich der Stimme? – Das ist der Abgeordnete Klingen (fraktionslos). Vorhin habe ich noch Herrn Dr. Rieger (fraktionslos) gesehen. Ist er noch hier? – Nein, er ist nicht hier. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt abstimmen über den Änderungsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände – Qualitätsentwicklung in der Kindertagesbetreuung" auf Drucksache 18/26767.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Änderungsantrag der FDP-Fraktion zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD-Fraktion, die FDP-Fraktion und der Abgeordnete Busch (fraktionslos). Wer ist dagegen? – Das sind die CSU-Fraktion, die FREIEN WÄHLER, die AfD-Fraktion sowie die fraktionslosen Abgeordneten Bayerbach, Klingen und Plenk. Wer enthält sich? – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Änderungsantrag ebenfalls abgelehnt.Wir müssen jetzt

noch auf das zweite Abstimmungsergebnis warten; denn sonst können wir keine Gesamtabstimmung durchführen. –

Damit kann ich jetzt die Abstimmungsergebnisse der namentlichen Abstimmung bekannt geben zum Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Gehörlosengeld einführen" auf Drucksache 18/26806. Mit Ja haben 40 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 93 Abgeordnete, Stimmenthaltungen gab es 17. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

Nun das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Änderungsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Leistungen nach dem Bayerischen Blindengeldgesetz" auf Drucksache 18/26762. Mit Ja haben 56 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 95 Abgeordnete, eine Stimmenthaltung. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 7)

Wir kommen nun zur Gesamtabstimmung über den Einzelplan 10. Dieser wird vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen mit den in der Beschlussempfehlung mit Bericht auf Drucksache 18/27957 genannten Änderungen zur Annahme empfohlen.

Wer dem Einzelplan 10 mit den vom federführenden Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – FREIE-WÄHLER-Fraktion, CSU-Fraktion. Wer ist dagegen? – Die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP, AfD und die Abgeordneten Bayerbach (fraktionslos), Klingen (fraktionslos), Plenk (fraktionslos) und Busch (fraktionslos). Wer enthält sich der Stimme? – Keine Stimmenthaltungen. Dann ist der Einzelplan 10 mit den vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen vorgeschlagenen Änderungen angenommen.

Gemäß § 126 Absatz 6 der Geschäftsordnung gelten zugleich die vom Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung vorgeschlagenen Änderungsanträge, über die nicht einzeln abgestimmt wurde, als erledigt. Eine Liste dieser Änderungsanträge kann über Plenum Online eingesehen werden.

(Siehe Anlage 8)

Außerdem schlägt der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen noch folgende Beschlussfassung vor:

Das Staatsministerium der Finanzen und für Heimat wird ermächtigt, die aufgrund der in den parlamentarischen Beratungen vorgenommenen Änderungen erforderlichen Berichtigungen in den Erläuterungen, der Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen und den sonstigen Anlagen beim endgültigen Ausdruck des Haushalts 2023 vorzunehmen.

Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind, glaube ich, alle Fraktionen und Abgeordneten. Zur Sicherheit: Wer ist dagegen? – Keine Gegenstimmen. Enthaltungen? – Sehe ich auch nicht. – Pardon? Herr Plenk? War er dagegen, oder war es Enthaltung? Herr Kollege Plenk? – Enthaltung. Danke. Damit ist das natürlich trotzdem so beschlossen.

Unter Bezugnahme auf die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen – Drucksache 18/27957 – weise ich darauf hin, dass die Änderungsanträge auf den Drucksachen 18/26861 mit 18/26878 und 18/26923 ihre Erledigung gefunden haben.

Die Beratung des Einzelplans 10 ist damit abgeschlossen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir starten wieder um 14:00 Uhr mit der Nachmittagssitzung. Eine schöne Mittagspause!

(Unterbrechung von 13:36 bis 14:01 Uhr)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf Sie herzlich begrüßen nach der Mittagspause. Ich stelle fest, dass der Saal noch nicht überfüllt ist.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 29.03.2023 zu Tagesordnungspunkt 9: Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Haushaltsplan 2023; hier: Gehörlosengeld einführen (Kap. 10 03 Tit. 681 01) (Drucksache 18/26806)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus			
Adjei Benjamin	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst			X
Atzinger Oskar		X	
Aures Inge			X
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter		X	
Bauer Volker			
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bayerbach Markus		X	
Becher Johannes			
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz		X	
Blume Markus			
Böhm Martin		X	
Bozoglu Cemal			
Brandl Alfons		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun			
von **Brunn** Florian			
Dr. **Büchler** Markus	X		
Busch Michael			X
Celina Kerstin	X		
Dr. **Cyron** Anne			
Deisenhofer Maximilian	X		
Demirel Gülseren	X		
Dorow Alex		X	
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert	X		
Ebner-Steiner Katrin		X	
Eck Gerhard			
Eibl Manfred		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Enghuber Matthias		X	
Fackler Wolfgang			
Dr. **Faltermeier** Hubert		X	
Fehlner Martina			
Fischbach Matthias	X		
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian			X
Franke Anne			
Freller Karl			
Friedl Hans		X	
Friedl Patrick	X		
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert			
Gehring Thomas			
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva		X	
Graupner Richard		X	
Grob Alfred		X	
Güller Harald			X
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann		X	
Hagen Martin	X		
Prof. Dr. **Hahn** Ingo		X	
Halbleib Volkmar			X
Hartmann Ludwig	X		
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina	X		
Hayn Elmar			
Henkel Uli		X	
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. **Herz** Leopold		X	
Dr. **Heubisch** Wolfgang	X		
Hierneis Christian	X		
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes		X	
Högl Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. **Hopp** Gerhard			
Huber Martin			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Dr. **Kaltenhauser** Helmut	X		
Kaniber Michaela			
Karl Annette			X
Kirchner Sandro			
Klingen Christian	X		
Knoblach Paul	X		
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian	X		
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha			X
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne	X		
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva	X		
Löw Stefan		X	
Dr. **Loibl** Petra		X	
Lorenz Andreas			
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland			
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand			
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut			
Dr. **Mehring** Fabian		X	
Dr. **Merk** Beate			X
Miskowitsch Benjamin			
Mistol Jürgen			
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep	X		
Dr. **Müller** Ralph			
Müller Ruth			
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter			
Dr. **Oetzinger** Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. **Piazolo** Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef	X		
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris			X
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Riedl Robert		X	
Dr. **Rieger** Franz		X	
Rinderspacher Markus			X
Ritt Hans		X	
Ritter Florian			X
Rüth Berthold			
Dr. **Runge** Martin	X		
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas			
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan			
Schmid Josef			
Schmidt Gabi			
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina			
Schuster Stefan			X
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna			
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sengl Gisela	X		
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph	X		
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Dr. **Spitzer** Dominik	X		
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf			
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. **Strohmayr** Simone			X
Stümpfig Martin	X		
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif			X
Taubeneder Walter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Urban Hans			
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth			X
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. **Weigand** Sabine	X		
Weigert Roland			
Widmann Jutta		X	
Wild Margit			X
Winhart Andreas		X	
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	40	93	17

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 29.03.2023 zu Tagesordnungspunkt 9: Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion FDP; Haushaltsplan 2023; hier: Leistungen nach dem Bayerischen Blindengeldgesetz (Kap. 10 03 Tit. 681 01) (Drucksache 18/26762)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus			
Adjei Benjamin	X		
Aigner Ilse		X	
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst	X		
Atzinger Oskar		X	
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter		X	
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bayerbach Markus			X
Becher Johannes			
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz		X	
Blume Markus			
Böhm Martin		X	
Bozoglu Cemal			
Brandl Alfons		X	
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun			
von **Brunn** Florian			
Dr. **Büchler** Markus	X		
Busch Michael	X		
Celina Kerstin	X		
Dr. **Cyron** Anne			
Deisenhofer Maximilian	X		
Demirel Gülseren	X		
Dorow Alex		X	
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	
Duin Albert	X		
Ebner-Steiner Katrin		X	
Eck Gerhard			
Eibl Manfred		X	
Dr. **Eiling-Hütig** Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Enghuber Matthias		X	
Fackler Wolfgang			
Dr. **Faltermeier** Hubert		X	
Fehlner Martina			
Fischbach Matthias	X		
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian	X		
Franke Anne			
Freller Karl			
Friedl Hans		X	
Friedl Patrick	X		
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert			
Gehring Thomas			
Gerlach Judith			
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva		X	
Graupner Richard		X	
Grob Alfred		X	
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann		X	
Hagen Martin	X		
Prof. Dr. **Hahn** Ingo		X	
Halbleib Volkmar	X		
Hartmann Ludwig	X		
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina	X		
Hayn Elmar	X		
Henkel Uli		X	
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim			
Dr. **Herz** Leopold		X	
Dr. **Heubisch** Wolfgang	X		
Hierneis Christian	X		
Hiersemann Alexandra			
Hintersberger Johannes		X	
Högl Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus		X	
Dr. **Hopp** Gerhard			
Huber Martin			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Dr. **Kaltenhauser** Helmut	X		
Kaniber Michaela			
Karl Annette	X		
Kirchner Sandro			
Klingen Christian		X	
Knoblach Paul	X		
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian	X		
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne	X		
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva	X		
Löw Stefan		X	
Dr. **Loibl** Petra		X	
Lorenz Andreas			
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland			
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand			
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut			
Dr. **Mehring** Fabian		X	
Dr. **Merk** Beate			
Miskowitsch Benjamin			
Mistol Jürgen			
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep	X		
Dr. **Müller** Ralph			
Müller Ruth			
Muthmann Alexander	X		
Nussel Walter			
Dr. **Oetzinger** Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. **Piazolo** Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef	X		
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Riedl Robert		X	
Dr. **Rieger** Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Rüth Berthold			
Dr. **Runge** Martin	X		
Sandt Julika	X		
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas			
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan			
Schmid Josef			
Schmidt Gabi			
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina			
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna	X		
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sengl Gisela	X		
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph	X		
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. **Spaenle** Ludwig			
Dr. **Spitzer** Dominik	X		
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf			
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Stolz Anna		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. **Strohmayr** Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Urban Hans			
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. **Waschler** Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Dr. **Weigand** Sabine			
Weigert Roland			
Widmann Jutta		X	
Wild Margit	X		
Winhart Andreas		X	
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	56	95	1

Mitteilung

des Bayerischen Landtags

zum Tagesordnungspunkt 9

Aufstellung der im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen zur Ablehnung empfohlenen Änderungsanträge zum Einzelplan 10

1. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Leistungen nach dem Bayerischen Blindengeldgesetz
   (Kap. 10 03 Tit. 681 01)
   Drs. 18/26762

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Stiftung „Obdachlosenhilfe Bayern“
   (Kap. 10 03 Tit. 698 72)
   Drs. 18/26763

3. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Sonderinvestitionsprogramm zur Förderung von inklusivem Wohnraum für erwachsene Menschen mit Behinderung
   (Kap. 10 05 Tit. 893 01)
   Drs. 18/26764

4. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Kosten der/des Beauftragten für Aussiedler und Vertriebene
   (Kap. 10 06 Tit. 536 01)
   Drs. 18/26765

5. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Kosten der/des Beauftragten für das Ehrenamt
   (Kap. 10 07 Tit. 536 02)
   Drs. 18/26766

6. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände – Qualitätsentwicklung in der Kindertagesbetreuung
   (Kap. 10 07 Tit. 633 92)
   Drs. 18/26767

7. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Familiengeld nach dem Bayerischen Familiengeldgesetz
   (Kap. 10 07 Tit. 681 02)
   Drs. 18/26768

8. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Bayerisches Krippengeld
   (Kap. 10 07 Tit. 681 91)
   Drs. 18/26769

9. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
   Haushaltsplan 2023;
   hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen (Jugendsozialarbeit; Jugendschutz)
   (Kap. 10 07 Tit. 684 76)
   Drs. 18/26770

10. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2023;
    hier: Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke
    (Kap. 10 07 Tit. 686 58)
    Drs. 18/26771

11. Änderungsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
    Haushaltsplan 2023;
    hier: Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Schaffung zusätzlicher Betreuungsplätze
    (Kap. 10 07 Tit. 883 01)
    Drs. 18/26772

12. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Diana Stachowitz u.a. und Fraktion (SPD)
    Haushaltsplan 2023;
    hier: Einführung eines bayerischen Gehörlosengeldes
    (Kap. 10 03 Tit. 681 01)
    Drs. 18/26773

13. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)
    Haushaltsplan 2023;
    hier: Arbeit der Betreuungsvereine besser finanzieren!
    (Kap. 10 03 Tit. 684 01)
    Drs. 18/26774

14. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Natascha Kohnen u.a. und Fraktion (SPD)
    Haushaltsplan 2023;
    hier: Hilfe und Unterstützung für wohnungs- und obdachlose Menschen
    (Kap. 10 03 Tit. 684 72)
    Drs. 18/26775

15. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)
    Haushaltsplan 2023;
    hier: Für unser soziales Netz in Bayern – Zuschüsse für die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege
    (Kap. 10 03 TG 90)
    Drs. 18/26776

16. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
    Haushaltsplan 2023;
    hier: Investitionen in die soziale Infrastruktur – inklusiver Wohnraum für Menschen mit Behinderung durch Konversion von Komplexeinrichtungen
    (Kap. 10 05 Tit. 893 01)
    Drs. 18/26777

17. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)
    Haushaltsplan 2023;
    hier: Bessere Förderung des Freiwilligen Sozialen Jahres (FSJ) in Bayern
    (Kap. 10 05 TG 73)
    Drs. 18/26778

18. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
    Haushaltsplan 2023;
    hier: Investitionsförderung für Einrichtungen für Menschen mit einer seelischen Behinderung
    (Kap. 10 05 TG 78 - 79)
    Drs. 18/26779

19. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
    Haushaltsplan 2023;
    hier: Schlichtungsstelle beim Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung
    (Kap. 10 05 TG 78 - 79)
    Drs. 18/26780

20. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Ruth Waldmann, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
    Haushaltsplan 2023;
    hier: Investitionen in die soziale Infrastruktur – Barrierefreiheit finanziell besser fördern!
    (Kap. 10 05 neue TG)
    Drs. 18/26781

21. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Mehr Geld für Generationenarbeit – Mehrgenerationenhäuser als Orte der Begegnung stärken
(Kap. 10 07 Tit. 633 01)
Drs. 18/26782

22. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Ausweitung betreuter Frühstücksangebote auf alle Grund- und Förderschulen
(Kap. 10 07 Tit. 684 05)
Drs. 18/26783

23. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Für mehr Teilhabe und die Chance auf eigenverantwortliche Lebensgestaltung – Ausbau der Jugendsozialarbeit an Schule
(Kap. 10 07 Tit. 684 76)
Drs. 18/26784

24. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Arif Taşdelen, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Für mehr Kinder- und Jugendbeteiligung in Bayern – Einrichtung einer Fach- und Servicestelle für Kinder- und Jugendbeteiligung am Institut für Jugendarbeit Gauting
(Kap. 10 07 Tit. 685 78)
Drs. 18/26785

25. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Ausweitung des Sprach-Kita-Programms in Bayern
(Kap. 10 07 TG 89 neuer Tit.)
Drs. 18/26786

26. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Digitale Teilhabe für Seniorinnen und Senioren
(Kap. 10 07 TG 70)
Drs. 18/26787

27. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Mehr Geld für Generationenarbeit – Sonderprogramm „Gut leben im Alter – Teilhabe ermöglichen“
(Kap. 10 07 TG 70)
Drs. 18/26788

28. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Einsamkeit verhindern – gerade im Alter!
(Kap. 10 07 TG 70)
Drs. 18/26789

29. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Für mehr Chancengerechtigkeit von Anfang an – Ausbau ganzheitlicher Konzepte in Brennpunktvierteln!
(Kap. 10 07 TG 73)
Drs. 18/26790

30. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Für mehr Kinderschutz – Fachberatungsstellen sexualisierte Gewalt an Kindern und Jugendlichen
(Kap. 10 07 TG 74)
Drs. 18/26791

31. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Diana Stachowitz, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Bayerns Arbeits- und Fachkräfte in der Transformation begleiten
(Kap. 10 05 TG 75 neuer Tit.)
Drs. 18/26792

32. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Diana Stachowitz u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Junge Menschen am Übergang Schule-Beruf begleiten; Erhalt der Vorschaltmaßnahmen der Arbeitsweltbezogenen Jugendsozialarbeit
(Kap. 10 07 TG 76)
Drs. 18/26793

33. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Kinder- und Jugendschutz ernst nehmen, Angebote der Aktion Jugendschutz stärken
(Kap. 10 07 TG 76)
Drs. 18/26794

34. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Arif Taşdelen, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Jugendarbeit ist systemrelevant! – Unterstützung für die Jugendarbeit in Bayern
(Kap. 10 07 TG 78)
Drs. 18/26795

35. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn,
Dr. Simone Strohmayr, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Förderungen von barrierefreien Maßnahmen zum Abbau der Gewalt gegen Frauen und Kinder
(Kap. 10 07 TG 82)
Drs. 18/26796

36. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher,
Diana Stachowitz u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Fachstellen für Täterarbeit stärken
(Kap. 10 07 TG 82)
Drs. 18/26797

37. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher,
Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Kita-Qualität endlich stärken – Arbeitsbedingungen für das pädagogische Personal verbessern
(Kap. 10 07 TG 88 - 94)
Drs. 18/26798

38. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher,
Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Kita-Qualität verbessern – Leitungs- und Verwaltungsbonus verstetigen und auf alle Kindertageseinrichtungen ausweiten
(Kap. 10 07 TG 92)
Drs. 18/26799

39. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher,
Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Digitale Kompetenzen schon in frühen Jahren stärken, Kitas bei der Digitalisierung unterstützen!
(Kap. 10 07 TG 96)
Drs. 18/26800

40. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn,
Dr. Simone Strohmayr, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Förderung der LAG Mädchenpolitik Bayern
(Kap. 10 07 neue TG)
Drs. 18/26801

41. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher,
Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Landesaktionsplan gegen Homo- und Transphobie
(Kap. 10 07 neue TG)
Drs. 18/26802

42. Änderungsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Doris Rauscher, Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zusätzliche Personalstellen für das ZBFS
(Kap. 10 20 Tit. 422 01)
Drs. 18/26803

43. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Tim Pargent u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Stärkung der Innenrevision im Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales
(Kap. 10 01 Tit. 422 01)
Drs. 18/26804

44. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Unabhängige Ombudsstelle für Betroffene sexualisierter Gewalt und deren Angehörige schaffen
(Kap. 10 01 neue TG)
Drs. 18/26805

45. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Gehörlosengeld einführen
(Kap. 10 03 Tit. 681 01)
Drs. 18/26806

46. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Wohnungs- und Obdachlosenhilfe stärken!
(Kap. 10 03 TG 72)
Drs. 18/26807

47. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Mehr Qualität in der frühkindlichen Bildung – Erhöhung des Basiswerts zur kindbezogenen Förderung nach dem Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz
(Kap. 10 07 Tit. 633 89)
Drs. 18/26808

48. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Mehr Qualität in der frühkindlichen Bildung – Kita-Beitragszuschüsse analog zum Krippengeld an Einkommensgrenze koppeln
(Kap. 10 07 Titel 633 91)
Drs. 18/26809

49. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Familiengeld sozial staffeln
(Kap. 10 07 Tit. 681 02)
Drs. 18/26810

50. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Erhöhung der Zuschüsse für Ehe- und Familienberatung sowie familienbezogene Beratung von Gemeinwesenarbeit
(Kap. 10 07 Tit. 684 73)
Drs. 18/26811

51. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Vorschaltmaßnahmen der arbeitsweltbezogenen Jugendsozialarbeit
(Kap. 10 07 Tit. 684 76)
Drs. 18/26812

52. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Second-Stage-Förderung
(Kap 10 07 Tit. 684 82)
Drs. 18/26813

53. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Förderung für Frauenhäuser speziell für Frauen mit besonderen Bedarfen, Sucht und psychische Krankheit
(Kap 10 07 Tit. 684 82)
Drs. 18/26814

54. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Ausbau von Fachstellen für Täterarbeit
(Kap 10 07 Tit. 684 82)
Drs. 18/26815

55. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Stärkung des ehrenamtlichen Engagements
(Kap. 10 07 Tit. 684 85)
Drs. 18/26816

56. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Förderprogramm zur Stärkung der Kindertagespflege
(Kap. 10 07 neuer Tit.)
Drs. 18/26817

57. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Landesprogramm für Sprach-Kitas
(Kap. 10 07 neuer Tit.)
Drs. 18/26818

58. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Förderung von Streetwork für Sexarbeiterinnen und Sexarbeiter
(Kap. 10 07 TG 58 neuer Tit.)
Drs. 18/26819

59. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Ansprechperson für ehrenamtliches Engagement im Bereich der Erinnerungskultur und der Aufarbeitung der NS-Geschichte beim Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement
(Kap. 10 07 TG 85)
Drs. 18/26820

60. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Förderung der LAG Mädchenpolitik Bayern e.V.
(Kap. 10 07 TG 86)
Drs. 18/26821

61. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Finanzierung der Anlauf- und Beratungsstelle für ehemalige Heimkinder (ZBFS)
(Kap. 10 20 Tit. 428 11)
Drs. 18/26822

62. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Haushaltsplan 2023;
hier: Schaffung eines neuen Sachgebiets zur Umsetzung des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes (SGB-VIII-Reform) am Bayerischen Landesjugendamt im ZBFS
(Kap. 10 20 Tit. 428 21)
Drs. 18/26823

63. Änderungsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Florian von Brunn, Doris Rauscher, Diana Stachowitz u.a. SPD, Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u.a. und Fraktion (FDP)
Haushaltsplan 2023;
hier: Aufbau einer Beschwerdestelle, Monitoringstelle und Aufklärungskampagne für das OEG/SGB XIV
(Kap. 10 03 TG 95, neuer Tit.)
Drs. 18/26824

64. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Andreas Winhart, Gerd Mannes u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Treibhausgasausgleich
(Kap. 10 02 Tit. 533 49)
Drs. 18/26825

65. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Photovoltaik auf staatlichen Dächern
(Kap. 10 02 Tit. 701 11)
Drs. 18/26826

66. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände
(Kap. 10 03 Tit. 633 73)
Drs. 18/26827

67. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Heil- und Krankenbehandlung, Badekuren in versorgungsfremden Einrichtungen und andere Sachleistungen, die von der Versorgungsbehörde gewährt werden
(Kap. 10 03 Tit. 671 89)
Drs. 18/26828

68. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Heil- und Krankenbehandlung, Badekuren in versorgungsfremden Einrichtungen und andere Sachleistungen, die von der Versorgungsbehörde gewährt werden
(Kap. 10 03 Tit. 671 95)
Drs. 18/26829

69. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Leistungen nach dem Bayerischen Blindengeldgesetz
(Kap. 10 03 Tit. 681 01)
Drs. 18/26830

70. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Beihilfen
(Kap. 10 03 Tit. 681 88)
Drs. 18/26831

71. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Versorgungsbezüge für Beschädigte und Hinterbliebene sowie Unterstützungen
(Kap. 10 03 Tit. 681 89)
Drs. 18/26832

72. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuschüsse an Arbeitgeber und Sonstige für die Bereitstellung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen und die berufliche Eingliederung behinderter Menschen im Rahmen von Sonderprogrammen
(Kap. 10 03 Tit. 683 87)
Drs. 18/26833

73. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuweisungen an soziale oder ähnliche Einrichtungen
(Kap. 10 03 Tit. 684 72)
Drs. 18/26834

74. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Stiftung „Obdachlosenhilfe Bayern“
(Kap. 10 03 Tit. 698 72)
Drs. 18/26835

75. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Vorbereitung auf die Ausbildung, Sonderprogramm für Jugendliche zur Förderung der Ausbildungsreife
(Kap. 10 03 TG 60 - 61 neuer Tit.)
Drs. 18/26836

76. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Sozialpädiatrische Zentren
(Kap. 10 05 Tit. 893 78)
Drs. 18/26837

77. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Beauftragte der Staatsregierung I
(Kap. 10 01 Tit. 428 15)
Drs. 18/26838

78. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Beauftragte der Staatsregierung II
(Kap. 10 05 Tit. 536 78)
Drs. 18/26839

79. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Beauftragte der Staatsregierung III
(Kap. 10 06 Tit. 536 01)
Drs. 18/26840

80. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Beauftragte der Staatsregierung IV
(Kap. 10 07 Tit. 536 02)
Drs. 18/26841

81. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds I – Erstattungen an Kommunen für Personal und Vormundschaftskosten im Bereich der Verteilung der unbegleiteten Minderjährigen
(Kap. 10 07 Tit. 633 03)
Drs. 18/26842

82. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds II – Erstattungen an die Bezirke für Kosten der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer unbegleiteter Minderjähriger
(Kap. 10 07 Tit. 633 04)
Drs. 18/26843

83. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds III – Erstattungen an die Bezirke für Kosten der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer junger Volljähriger
(Kap. 10 07 Tit. 633 06)
Drs. 18/26844

84. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuwanderungs- und Integrationsfonds IV – Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände
(Kap. 10 07 Tit. 633 89)
Drs. 18/26845

85. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers,
Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Kosten für die Weiterentwicklung des Familienpakts Bayern einschließlich der Kosten für die Fortsetzung des gemeinsamen Betriebs der Servicestelle
(Kap. 10 07 Tit. 532 81)
Drs. 18/26846

86. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers,
Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Maßnahmen zur Stärkung der Anerkennungskultur
(Kap. 10 07 Tit. 541 85)
Drs. 18/26847

87. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers,
Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Kosten der Durchführung von Maßnahmen zur Digitalisierung
(Kap. 10 07 Tit. 547 96)
Drs. 18/26848

88. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers,
Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Sonstige Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für generationenübergreifende Maßnahmen und Projekte
(Kap. 10 07 Tit. 633 67)
Drs. 18/26849

89. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers,
Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Leistungen an natürliche Personen
(Kap. 10 07 Tit. 681 73)
Drs. 18/26850

90. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers,
Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen für generationenübergreifende Maßnahmen und Projekte
(Kap. 10 07 Tit. 684 67)
Drs. 18/26851

91. Änderungsantrag der Abgeordneten Jan Schiffers, Ulrich Singer,
Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen
(Kap. 10 07 Tit. 684 73)
Drs. 18/26852

92. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers,
Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen
(Maßnahmen und Einrichtungen der Jugendhilfe)
(Kap. 10 07 Tit. 684 74)
Drs. 18/26853

93. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers,
Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale und ähnliche Einrichtungen
(Kap. 10 07 Tit. 684 78)
Drs. 18/26854

94. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers,
Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuschuss an den Bayerischen Jugendring für dessen Landesgeschäftsstelle
und das Institut für Jugendarbeit
(Kap. 10 07 Tit. 685 78)
Drs. 18/26855

95. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers,
Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuschüsse für laufende Zwecke an öffentliche Einrichtungen
(Schutz ungeborenes Leben; Landesstiftung „Hilfe für Mutter und Kind“)
(Kap. 10 07 Tit. 685 84)
Drs. 18/26856

96. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers,
Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Zuschüsse für laufende Zwecke
(Kap. 10 07 Tit. 686 75)
Drs. 18/26857

97. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers,
Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Maßnahmen zur Radikalisierungsprävention
(Kap. 10 07 TG 60)
Drs. 18/26858

98. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer,
Andreas Winhart und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Maßnahmen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt, gegen
Diskriminierung und Rassismus
(Kap. 10 07 TG 61)
Drs. 18/26859

99. Änderungsantrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers,
Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Haushaltsplan 2023;
hier: Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke
(Kap. 10 07 TG 86)
Drs. 18/26860